

80,5 Mio.
Einwohner



185,4 Mrd. EUR

Zuweisungen aus
Gesundheitsfonds

17,6 Mio.

Familienversicherte

52,3 Mio.

Mitglieder

35,6 Mio.

AKV Mitglieder

16,7 Mio.

KVdR Mitglieder

5,3 Mio.

Freiwillige Mitglieder

30,3 Mio.

Pflichtmitglieder

52,1 Mio.

AKV Versicherte

10,5 Mrd. EUR

Bundeszuschuss

15,5 %

Beitragssatz

17,7 Mio.

KVdR Versicherte

2,8 Mio.

Freiwillige Mitglieder
mit Anspruch auf Krankengeld
nach Ablauf von 6 Wochen

134

Kassen

293,8 Mrd. EUR

Gesundheitsausgaben

69,9 Mio.

Versicherte

184,2 Mrd. EUR

GKV-Ausgaben

189,7 Mrd. EUR

GKV-Einnahmen

86,6 %

Marktanteil der GKV

6,9 %

Anteil der GKV-Ausgaben
am BIP

48.600,00 EUR

Beitragsbemessungsgrenze

53.550,00 EUR

Versicherungspflichtgrenze

29,3 Mio.

Sozialversicherungspflichtig
Beschäftigte

2013 / 2014

673.544

Geburten

869.582

Sterbefälle

vdek-Basisdaten des Gesundheitswesens

Mitgliedskassen

Der Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek) mit Hauptsitz in Berlin ist Interessenvertretung und Dienstleister aller sechs Ersatzkassen, die zusammen mehr als 26 Millionen Menschen in Deutschland krankenversichern und einen Marktanteil von rund 37 Prozent haben.

BARMER GEK

BARMER GEK

Postfach 11 07 04, 10837 Berlin
Tel.: 08 00 / 33 20 60 99-0, Fax: 08 00 / 33 20 60 99-33 09
service@barmer-gek.de
www.barmer-gek.de



Techniker Krankenkasse (TK)

Bramfelder Straße 140, 22305 Hamburg
Tel.: 0 40 / 69 09-17 83, Fax: 0 40 / 69 09-13 53
pressestelle@tk.de
www.tk.de



DAK – Gesundheit

Nagelsweg 27 – 31, 20097 Hamburg
Tel.: 0 40 / 23 96 -0, Fax: 0 40 / 23 96 -26 75
service@dak.de
www.dak.de



Kaufmännische Krankenkasse – KKH

Karl-Wiechert-Allee 61, 30625 Hannover
Tel.: 05 11 / 28 02 -0
service@kkh.de
www.kkh.de



HANSEATISCHE KRANKENKASSE

HEK – Hanseatische Krankenkasse

Wandsbeker Zollstraße 86 – 90, 22041 Hamburg
Tel.: 0 40 / 6 56 96 -0, Fax: 0 40 / 6 56 96 -54 00
kontakt@hek.de
www.hek.de



Erste Gesundheit.

hkk

Martinistraße 26, 28195 Bremen
Tel.: 04 21 / 36 55 -0, Fax: 04 21 / 36 55 -37 00
info@hkk.de
www.hkk.de

Vorwort

Sie halten die 18. Auflage der Broschüre „vdek-Basisdaten des Gesundheitswesens 2013/2014“ in Ihren Händen. Dieses wertvolle Zahlenwerk stellt Ihnen wieder gut aufbereitete und aktuelle Daten des Gesundheitswesens in Deutschland zur Verfügung. Jedes Kapitel enthält umfangreiche Darstellungen wie Grafiken, Tabellen und Flussdiagramme, die die Entwicklungen und Zusammenhänge ausgewählter Themenfelder des Gesundheitswesens beleuchten. Bevölkerungs- und Versichertendaten sind ebenso enthalten wie Finanz- und Strukturdaten der jeweiligen Versorgungsbereiche der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sowie der sozialen Pflegeversicherung.

In der 18. Legislaturperiode wird die neu konstituierte Bundesregierung einige Reformen im Gesundheitswesen in Angriff nehmen. Für alle beteiligten Akteure ist eine gute und aktuelle Datenbasis Grundvoraussetzung, um die gesundheitspolitische Lage besser bewerten zu können. Diese Broschüre unterstützt Sie in Ihrer täglichen Arbeit, ob nun als Nachschlagewerk oder um die eigene Argumentation zu untermauern.

Besuchen Sie auch unsere Internetseite www.vdek.com/presse/daten.html, um jederzeit die aktuellen Daten und Darstellungen zum Gesundheitswesen zu erhalten. Dort stehen alle Darstellungen der Broschüre im JPG Format nach Themenbereichen sortiert zum Download zur Verfügung, die unterjährig immer wieder aktualisiert und um weitere Darstellungen ergänzt werden.

Viel Spaß dabei wünscht Ihnen



Ulrike Elsner

Ulrike Elsner

Vorstandsvorsitzende des vdek

Inhaltsverzeichnis

BEVÖLKERUNG	6
Bevölkerung nach Bundesländern Bevölkerung – Vorausberechnung Lebenserwartung bei Geburt Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur Geburten und Sterbefälle 10 häufigste Todesursachen	
VERSICHERTE	10
Krankenversicherung der Bevölkerung Verteilung der Versicherten auf die Kassenarten Verteilung der Mitglieder auf die Kassenarten Verteilung der Familienangehörigen auf die Kassenarten Pflichtmitglieder, freiwillige Mitglieder und Rentner Anzahl der Krankenkassen Zahl der Krankenkassen nach Kassenarten und Marktanteil Verwaltungskosten und Anteil an den GKV-Einnahmen PKV – Versichertenstruktur PKV – GKV – Wanderungsbewegungen PKV – Verwaltungs- und Abschlussaufwendungen PKV – Anteil der Verwaltungs- und Abschlussaufwendungen an Beitragseinnahmen	
FINANZIERUNG	17
Beitragsbemessungsgrenze, Beitragssätze und Faustformeln Entwicklung der Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenzen Entwicklung der Beitragssätze Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Geschlecht Finanzierungssäulen der GKV Gesundheitsfonds – Struktur Bundeszuschuss Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds Ausgabendeckung durch Gesundheitsfondszuweisungen Morbi RSA: 10 größte Zuweisungsvolumina nach Krankheitsgruppen Kassen mit Prämien Einnahmen und Ausgaben insgesamt Gesundheitsausgaben Anteil der GKV-Leistungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt	
VERSORGUNG	25
LEISTUNGSAusGABEN	
Leistungsausgaben insgesamt Leistungsausgaben je Versicherter und Veränderungswerte Leistungsausgaben nach Bereichen Leistungsausgaben nach Bereichen sowie Veränderungswerte	
KRANKENHAUSBEHANDLUNG	28
Ausgaben für Krankenhausbehandlung und Anteil an GKV-Ausgaben insgesamt Ausgaben für Krankenhausbehandlung Ausgaben für Krankenhausbehandlung je Versicherter und Veränderungswerte Krankenhausindikatoren: Krankenhausausgaben, Krankenhäuser, Betten, Berechnungstage und Fälle Krankenhäuser – Träger und Betten Krankenhäuser nach Bundesländern: Einrichtungen, Betten, -auslastung; Fallzahl, Berechnungstage und Verweildauer Landesbasisfallwerte nach Bundesländern 10 häufigste Operationen Kaiserschnitte und Geburten Krankenhausstrukturdaten im internationalen Vergleich	

ÄRZTLICHE BEHANDLUNG	33
Ausgaben für ärztliche Behandlung und Anteil an GKV-Ausgaben insgesamt Ausgaben für ärztliche Behandlung Ausgaben für ärztliche Behandlung je Versicherter und Veränderungswerte Vertragsärzte Vertragsärzte und Bevölkerung	
ZAHNÄRZTLICHE BEHANDLUNG	35
Ausgaben für zahnärztliche Behandlung mit/ohne Zahnersatz und Anteil an GKV-Ausgaben insgesamt Ausgaben für zahnärztliche Behandlung mit/ohne Zahnersatz Ausgaben für zahnärztliche Behandlung einschließlich Zahnersatz je Versicherter und Veränderungswerte Vertragszahnärzte	
ARZNEIMITTEL	37
Ausgaben für Arzneimittel und Anteil an GKV-Ausgaben insgesamt Ausgaben für Arzneimittel Ausgaben für Arzneimittel je Versicherter und Veränderungswerte Arzneimittelverordnungen und Wert je Verordnung Arzneimittelverordnungen und -umsatz Gesetzliche Arzneimittelrabatte Mehrwertsteuersätze für Arzneimittel in der EU Apotheken nach Bundesländern Apothekendichte im internationalen Vergleich	
HEIL- UND HILFSMITTEL	42
Ausgaben für Heil- und Hilfsmittel und Anteil an GKV-Ausgaben insgesamt Ausgaben für Heil- und Hilfsmittel Heil- und Hilfsmittel je Versicherter und Veränderungswerte Sonstige Leistungserbringer Hilfs-, Heilmittelerbringer und Krankentransport/Rettungsdienst Sonstige Leistungserbringer nach Bundesländern	
ZUZÄHLUNGEN UND BELASTUNGSGRENZE	45
Zuzahlungen Belastungsgrenze (§ 62 SGB V) – Angehörigenfreibeträge	
SOZIALE PFLEGEVERSICHERUNG (SPV)	47
Beitragsbemessungsgrenze, Beitragssätze und Faustformeln Einnahmen und Leistungsausgaben Finanzen Leistungsempfänger – ambulant und stationär Leistungsempfänger – ambulant und stationär nach Altersgruppen Anteil Leistungsempfänger an Versicherten Leistungsempfänger nach Pflegestufen in der ambulanten Pflege Leistungsempfänger nach Pflegestufen in der stationären Pflege Pflegenoten der ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen Leistungen der sozialen Pflegeversicherung	
ANHANG	57
Abkürzungsverzeichnis vdek-Zentrale und Landesvertretungen Impressum	

Kapitel 1

Bevölkerung

80,5 Millionen Menschen lebten Ende 2012 in Deutschland, davon waren 41,1 Millionen weiblich und 39,9 Millionen männlich. Im Vergleich zum Vorjahr wuchs die Bevölkerung um 196.000 Personen (+0,2 Prozent). Trotzdem wird diese positive Entwicklung den demografischen Wandel nicht aufhalten.

Deutschland gehört seit Jahrzehnten weltweit zu den Staaten mit der niedrigsten Geburtenrate. 2012 setzte sich die seit 1972 bestehende Entwicklung des Geburtenrückgangs und der Sterblichkeit fort: 673.500 Geburten standen 869.600 Todesfällen gegenüber, was einer Schrumpfung der Bevölkerung (Sterbeüberschuss) von 196.000 Einwohnern entspricht.

Dieser langjährige Trend beschränkt sich nicht auf Deutschland, sondern wird sich in den nächsten Jahrzehnten ebenso in Europa fortsetzen. 2012 war in Italien (20,6 Prozent) und Deutschland (20,6 Prozent) bereits mehr als jede fünfte Person 65 Jahre und älter. Ähnlich hoch lagen die Quoten in Griechenland (19,7 Prozent) und Portugal (19,4 Prozent).

Geburtenrückgang, Sterblichkeit und Wanderungen haben sich auf die Bevölkerungszahlen der einzelnen Bundesländer 2012 sehr unterschiedlich ausgewirkt. In neun Bundesländern stiegen die Bevölkerungszahlen: Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bremen. In Rheinland-Pfalz blieb die Bevölkerungszahl nahezu konstant. In den neuen Bundesländern sowie im Saarland sind rückläufige Einwohnerzahlen festzustellen: Besonders hoch fiel der Bevölkerungsrückgang in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern aus.

Bevölkerung nach Bundesländern*

in Tausend

31.12.2012

Bundesländer	insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	männlich	weiblich
Baden-Württemberg	10.569	+ 56,7	5.190	5.379
Bayern	12.520	+ 76,2	6.144	6.375
Berlin	3.375	+ 49,2	1.645	1.731
Brandenburg	2.450	- 3,7	1.205	1.245
Bremen	655	+ 2,6	319	336
Hamburg	1.734	+ 16,1	842	893
Hessen	6.016	+ 22,7	2.944	3.073
Mecklenburg-Vorpommern	1.600	- 6,6	788	812
Niedersachsen	7.779	+ 4,7	3.812	3.967
Nordrhein-Westfalen	17.554	+ 9,4	8.544	9.010
Rheinland-Pfalz	3.990	+ 0,2	1.954	2.036
Saarland	994	- 3,6	484	510
Sachsen	4.050	- 4,0	1.979	2.071
Sachsen-Anhalt	2.259	- 17,3	1.105	1.155
Schleswig-Holstein	2.807	+ 4,3	1.366	1.441
Thüringen	2.170	- 11,1	1.068	1.102
Deutschland	80.524	+ 195,8	39.389	41.135

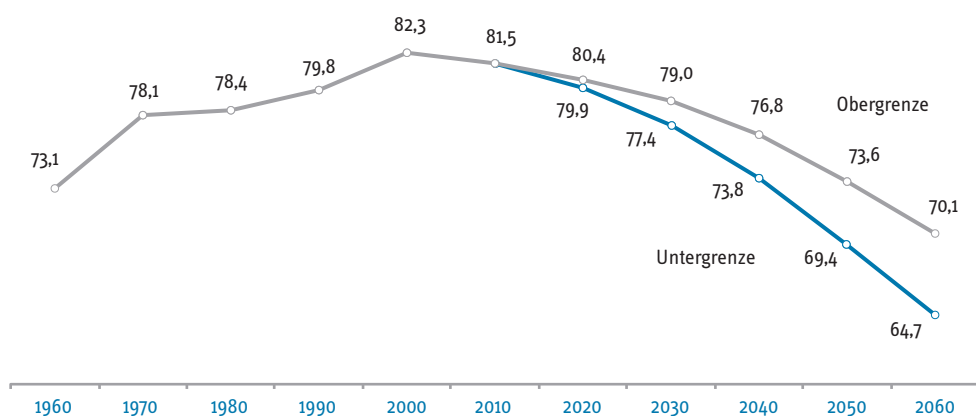
Quelle: Eigene Darstellung nach: StBA.

*Auf Grundlage des Zensus 2011

Bevölkerung – Vorausberechnung

in Millionen

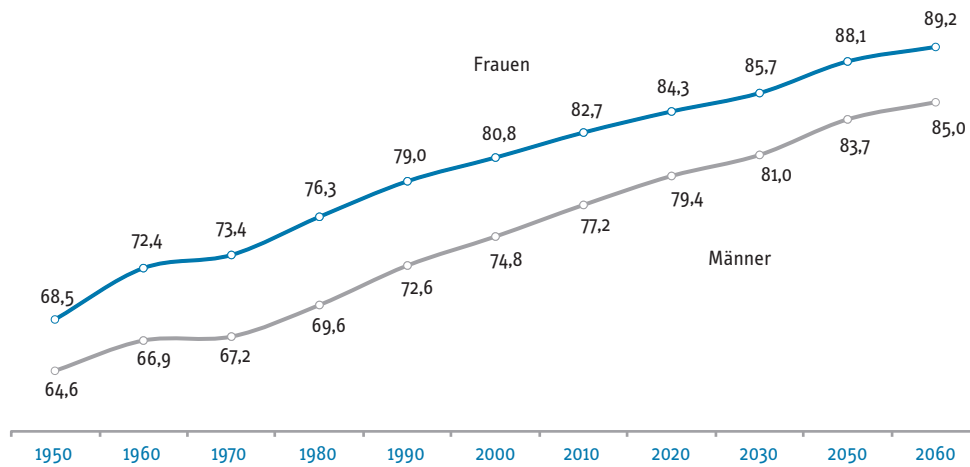
1960 – 2060, Bundesgebiet

12. koordin. Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 1, „mittlere“ Bevölkerung.
Quelle: Eigene Darstellung nach: StBA und BiB.Untergrenze 2060: 64.651.000
Obergrenze 2060: 70.120.000

Lebenserwartung bei Geburt

in Jahren

1950 – 2060, Bundesgebiet

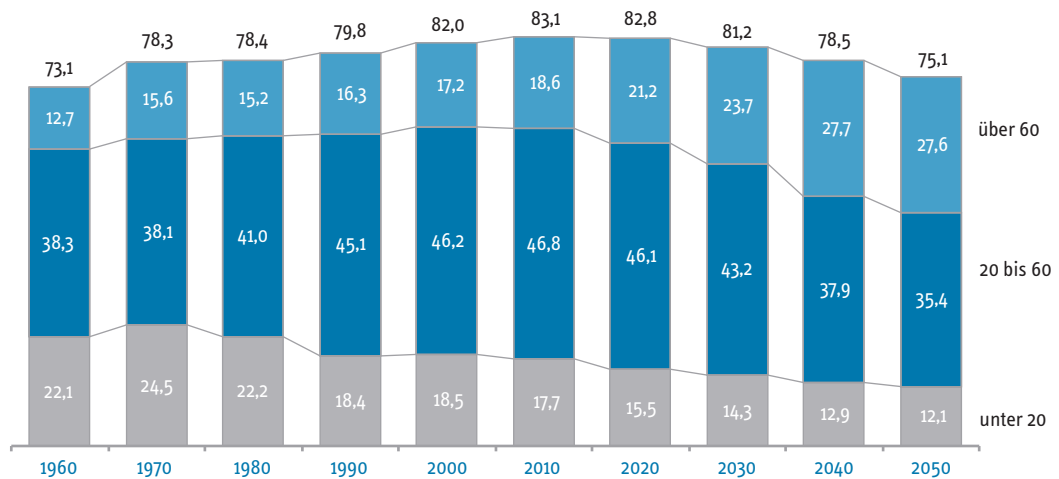


Quelle: Eigene Darstellung nach: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur

in Millionen

1960 – 2050, Bundesgebiet

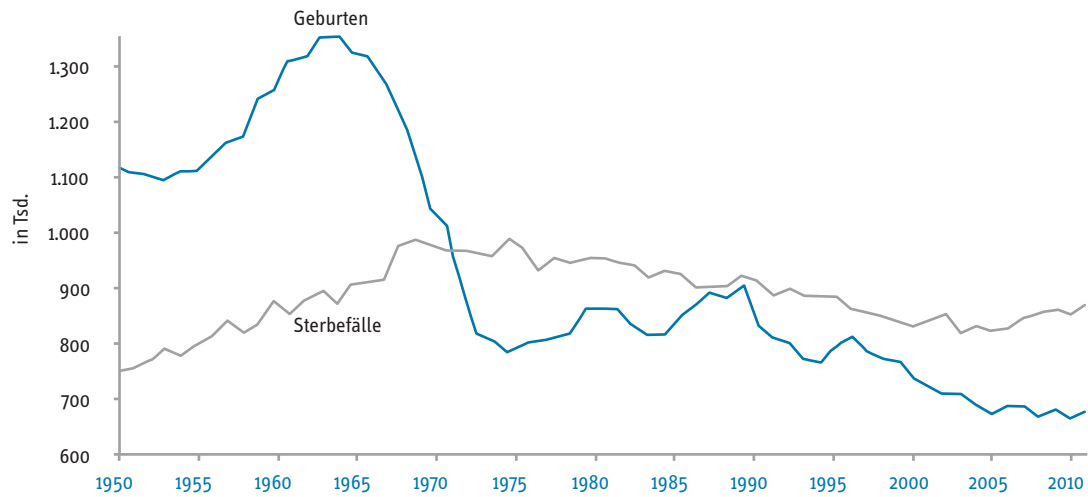


Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: StBA.

Geburten und Sterbefälle

in Tausend

1950 – 2012, Bundesgebiet



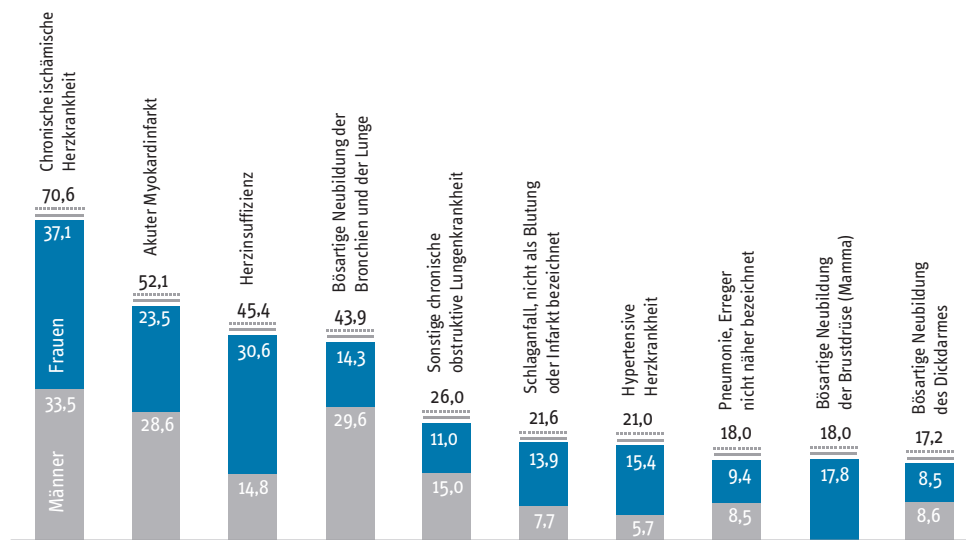
Quelle: Eigene Darstellung nach: StBA.

2012: 673.544 Geburten, 869.582 Sterbefälle

10 häufigste Todesursachen

Sterbefälle in Tausend

2011, Bundesgebiet



Quelle: Eigene Darstellung nach: StBA.

Kapitel

2

Versicherte

2012 waren von 80,5 Millionen Einwohnern in Deutschland rund 70 Millionen (86,6 Prozent) in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und neun Millionen (11,1 Prozent) in der privaten Krankenversicherung (PKV) versichert. Die Mitglieder und deren Familienangehörige der GKV sind in 134 Krankenkassen versichert.

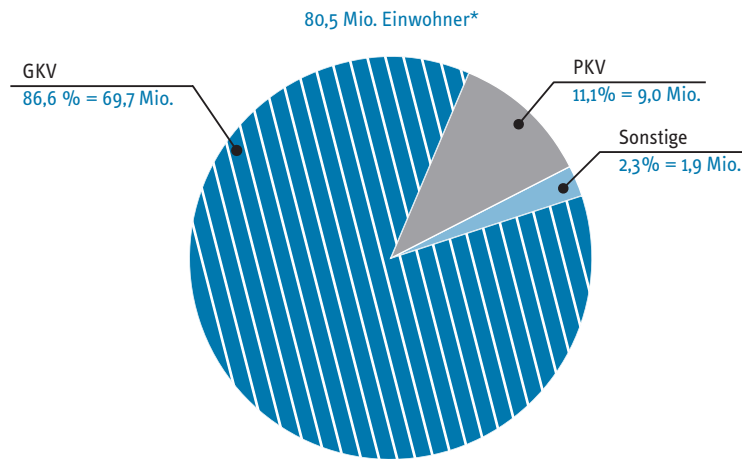
Die Mehrheit der gesetzlich Krankenversicherten (26,0 Millionen) ist in einer der sechs Ersatzkassen versichert. Mit einem Marktanteil von 37,3 Prozent stellen die Ersatzkassen somit die größte Kassenart in Deutschland dar, knapp gefolgt von den Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK) mit einem Marktanteil von 34,8 Prozent. Nicht einmal halb so groß sind die BKKen als drittgrößte Kassenart mit einem Marktanteil von 16,6 Prozent. Die IKKen kommen auf 7,6 Prozent Marktanteil.

58,0 Prozent, also mehr als die Hälfte aller Mitglieder der GKV, sind Pflichtmitglieder (30,3 Millionen) mit einem Jahreseinkommen von weniger als 53.550 Euro jährlich bzw. 4.462,50 Euro monatlich (Versicherungspflichtgrenze 2014). Weitere 5,3 Millionen Mitglieder sind in der GKV freiwillig versichert, ungefähr die Hälfte von ihnen liegt über der Versicherungspflichtgrenze. Dazu kommen noch 16,7 Millionen Menschen, die in der Krankenversicherung der Rentner (KVdR) versichert sind. Anders als in der PKV sind neben den Beiträgen zahlenden Mitgliedern noch weitere 17,6 Millionen Menschen in der Familienversicherung der GKV kostenfrei versichert.

Krankenversicherungsschutz der Bevölkerung

in Prozent

2012, Bundesgebiet



Versicherte
 GKV: 69.704.323
 PKV: 8.956.300
 Sonstige: 1.863.123

Einwohner: 80.523.746*

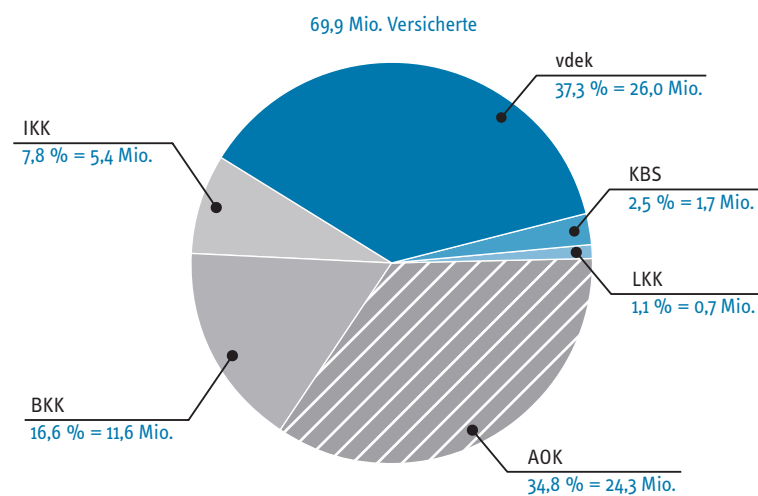
Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG, StBA und Verband der privaten Krankenversicherung e. V.

*Zensus 2011

GKV – Verteilung der Versicherten auf die Kassenarten

in Prozent

2013 / 07, Bundesgebiet



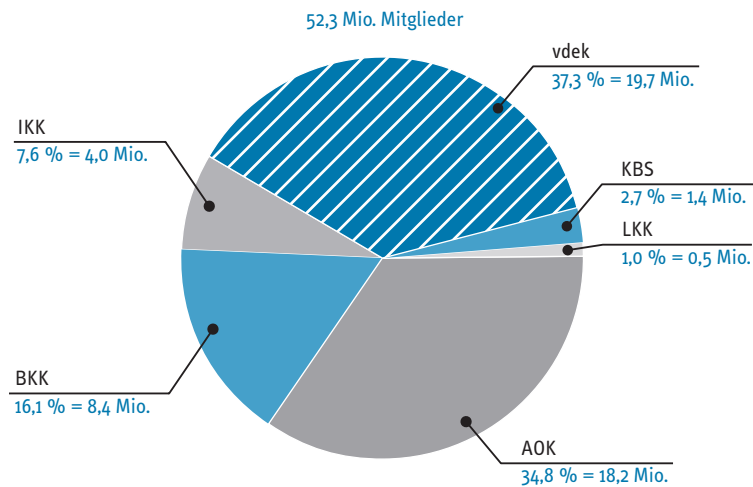
Versicherte
 vdek: 26.026.601
 AOK: 24.287.363
 BKK: 11.611.661
 IKK: 5.446.971
 KBS: 1.739.130
 LKK: 743.495
 GKV: 69.855.221

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG, KM1.

GKV – Verteilung der Mitglieder auf die Kassenarten

in Prozent

2013 / 07, Bundesgebiet



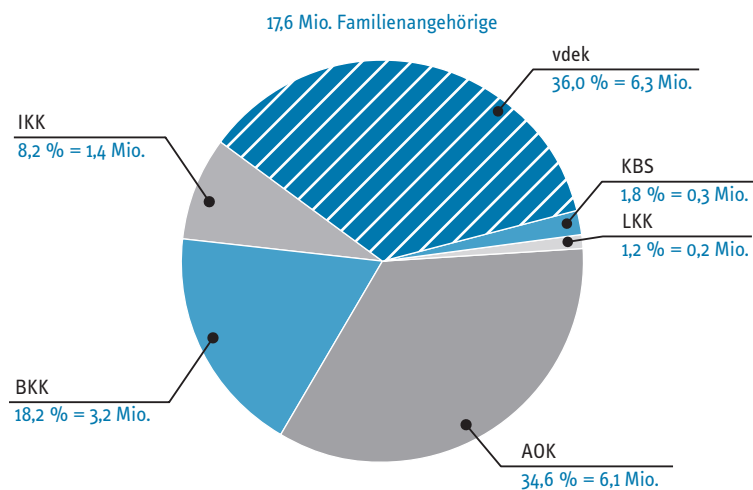
Mitglieder:
 vdek: 19.714.235
 AOK: 18.211.668
 BKK: 8.415.381
 IKK: 3.999.115
 KBS: 1.423.548
 LKK: 540.071
 GKV: 52.304.018

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG, KM1.

GKV – Verteilung der Familienangehörigen auf die Kassenarten

in Prozent

2013 / 07, Bundesgebiet



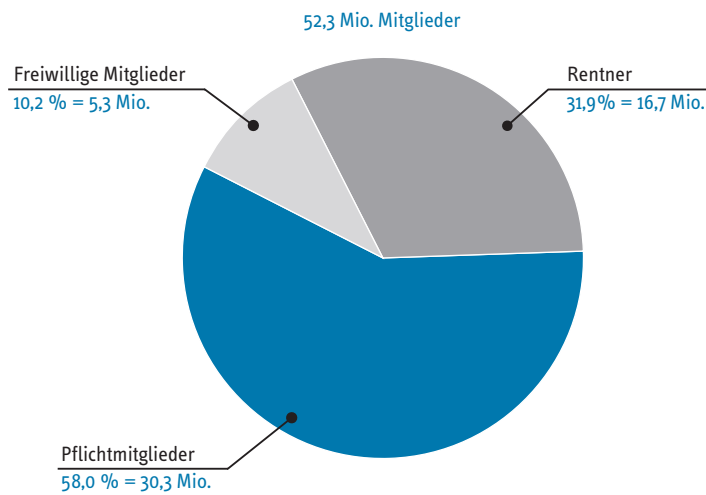
Familienangehörige:
 vdek: 6.312.366
 AOK: 6.075.695
 BKK: 3.196.280
 IKK: 1.447.856
 KBS: 315.582
 LKK: 203.424
 GKV: 17.551.203

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG, KM1.

GKV – Pflichtmitglieder, freiwillige Mitglieder und Rentner

in Prozent

2013 / 07, Bundesgebiet

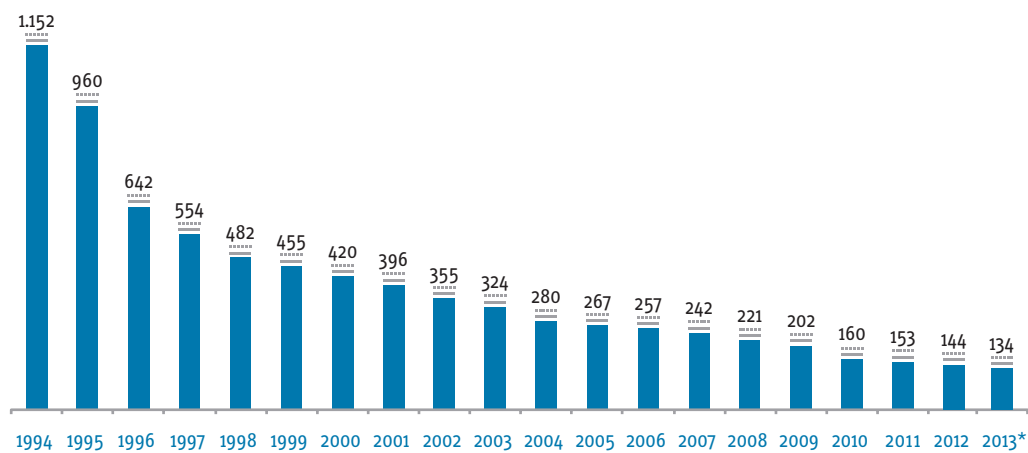


Pflichtmitglieder: 30.320.459
 Freiwillige Mitglieder: 5.322.413
 Rentner: 16.661.146
 Mitglieder insgesamt: 52.304.018

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG, KM1.

GKV – Anzahl der Krankenkassen

1994 – 2013*, Bundesgebiet



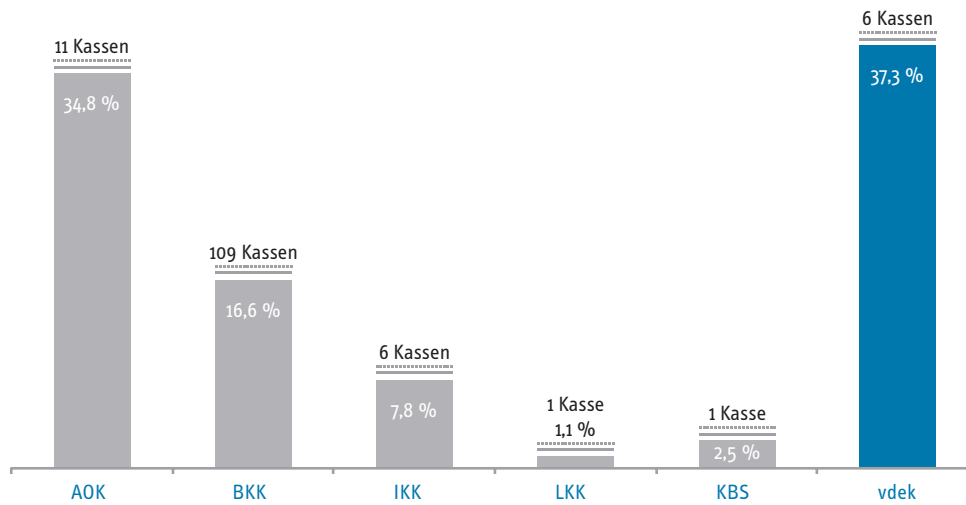
Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG.

*November

GKV – Zahl der Krankenkassen und Marktanteil*

nach Kassenarten

2013 / 07, Bundesgebiet



Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KM1.

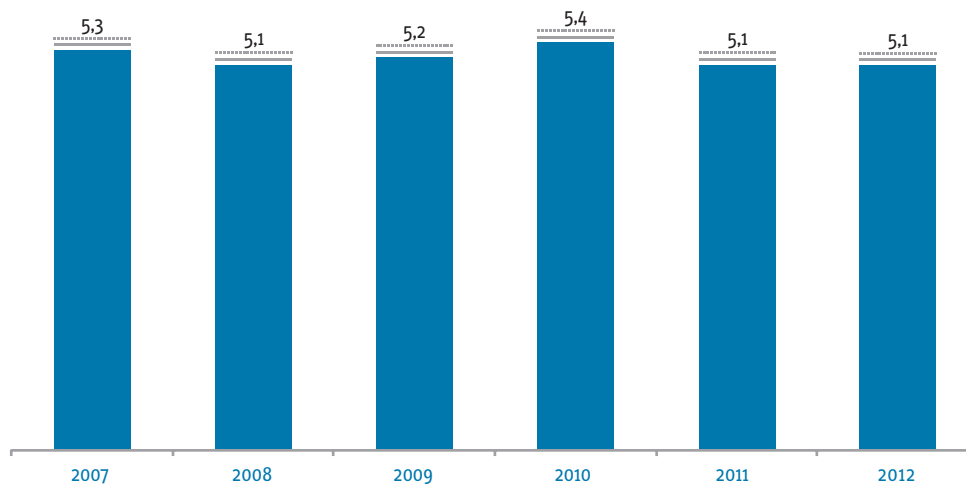
*Berechnungsgrundlage: Versicherte.

GKV: 69.855.221

GKV – Verwaltungskosten

Anteil an Einnahmen in Prozent

2007 – 2012, Bundesgebiet



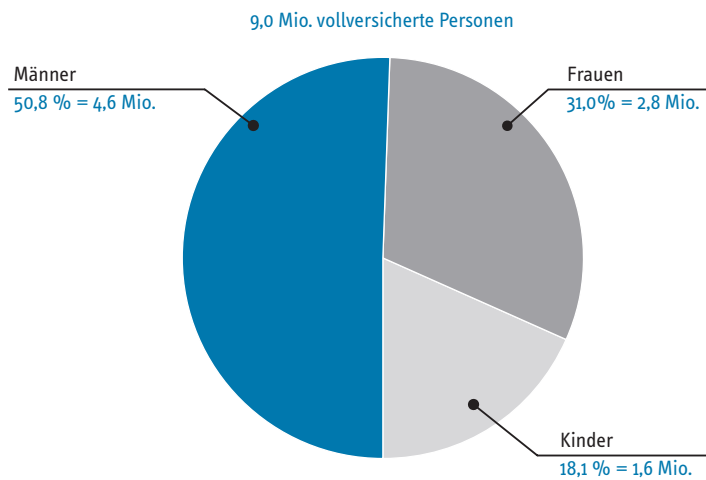
Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1.

GKV-Verwaltungskosten 2012: 9.440.874.434 EUR

PKV – Versichertenstruktur

Krankheitsvollversicherung

2012, Bundesgebiet



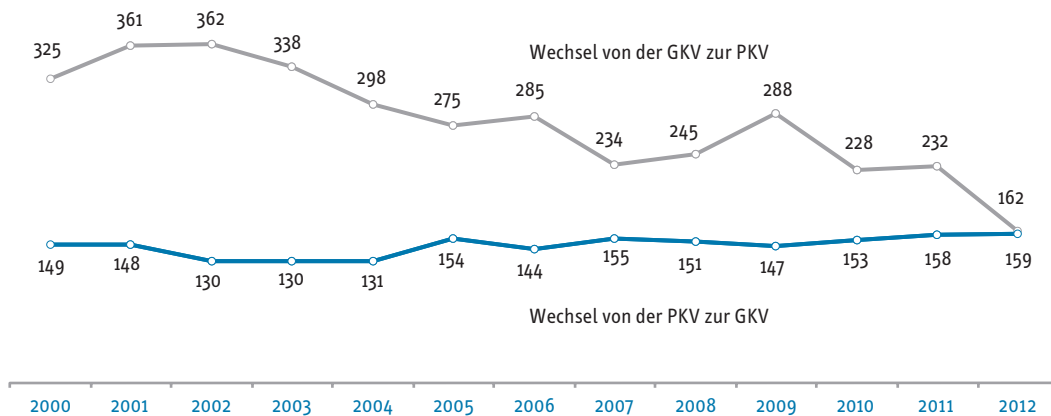
Männer: 4.551.600
 Frauen: 2.780.900
 Kinder: 1.623.800
 Vollversicherte: 8.956.300

Quelle: Eigene Darstellung nach: PKV-Rechenschaftsbericht.

PKV – Wanderungsbewegungen

in Tausend

2000 – 2012, Bundesgebiet



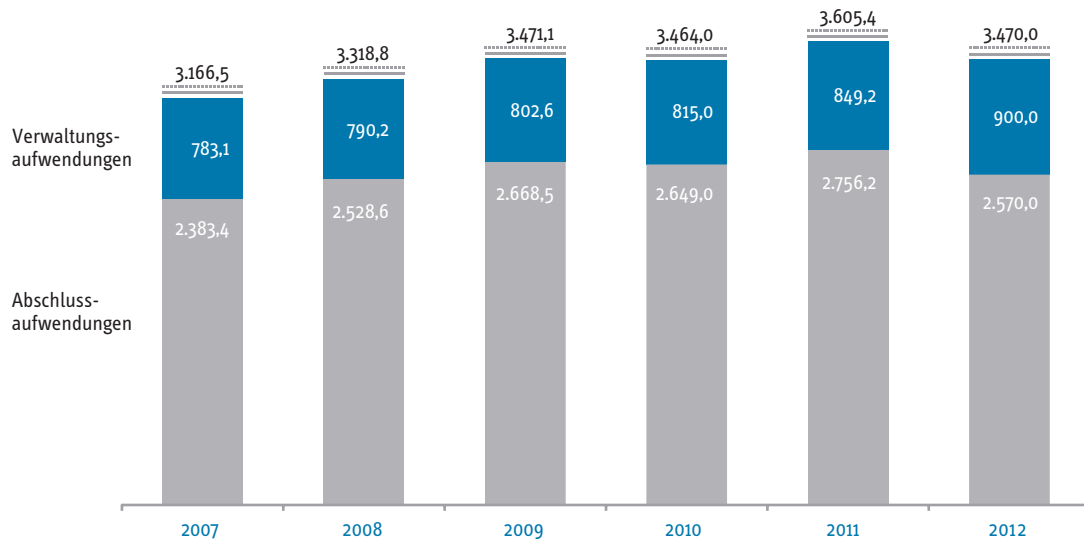
Wechsel von der GKV zur PKV 2012: 158.700
 Wechsel von der PKV zur GKV 2012: 161.700

Quelle: Eigene Darstellung nach: PKV-Rechenschaftsbericht.

PKV – Verwaltungs- und Abschlussaufwendungen

in Millionen EUR

2007 – 2012, Bundesgebiet

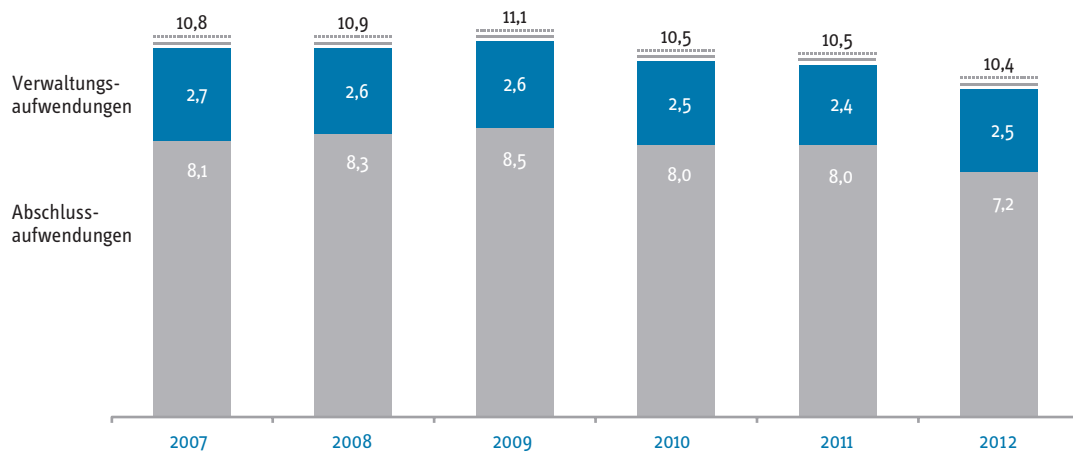


Quelle: Eigene Darstellung nach: PKV Rechenschafts- und Zahlenbericht.

PKV – Anteil der Verwaltungs- und Abschlussaufwendungen an Beitragseinnahmen

in Prozent

2007 – 2012, Bundesgebiet



Quelle: Eigene Darstellung nach: PKV Rechenschafts- und Zahlenbericht.

Kapitel 3 Finanzierung

Aufgrund der ausgesprochen guten und anhaltenden Konjunktur in Deutschland ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf nahezu 30 Millionen angestiegen. Auch 2014 werden aller Voraussicht nach die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland deutlich besser sein als in den anderen Ländern der Europäischen Union.

Nach Ausschüttung der Einnahmen aus dem Gesundheitsfonds betrug 2012 das Einnahmenvolumen aller gesetzlichen Krankenkassen 189,7 Milliarden Euro. Der Überschuss des Gesundheitsfonds lag bei 3,5 Milliarden Euro, der gesetzlichen Krankenkassen bei 5,4 Milliarden Euro. Diese außerordentlich gute Finanzsituation der GKV führte 2013 dazu, dass keine Zusatzbeiträge von einzelnen Krankenkassen erhoben werden mussten. Einzelne Krankenkassen konnten ihren Mitgliedern sogar Prämien zahlen.

Auch wenn die wirtschaftlichen Aussichten weiterhin als sehr gut bezeichnet werden können, ist ausgabenseitig für das Jahr 2014 mit einem Zuwachs zu rechnen. Auch ist unklar, ob es bei dem gesetzlich festgeschriebenen Bundeszuschuss von 14,0 Mrd. EUR bleiben wird.

GKV – Beitragsbemessungsgrenze, Beitragssätze und Faustformeln

2014, Bundesgebiet

Beitragsbemessungsgrenze, 2014	
– jährlich	48.600,00 EUR
– monatlich	4.050,00 EUR
Beitragssatz, 2014 (§ 241 SGB V)	
	15,5 %
davon Arbeitnehmer / Arbeitgeber	8,2 % / 7,3 %
Versicherungspflichtgrenze, 2014	
– jährlich	53.550,00 EUR
– monatlich	4.462,50 EUR
Versicherungspflichtgrenze, 2014 nur für Arbeitnehmer, die am 31.12.2002 PKV-versichert waren.	
– jährlich	48.600,00 EUR
– monatlich	4.050,00 EUR
Höchstzuschuss des Arbeitgebers zum privaten Krankenversicherungsbeitrag, 2014	295,65 EUR
Faustformeln, 2013*	
1 Beitragssatzpunkt GKV (AKV + KVdR) – Wirkung Jan. – Dez. 2013	11,0 Mrd. EUR
1 Prozent Ausgabenentwicklung = mehr Defizit bzw. weniger Überschuss	1,8 Mrd. EUR

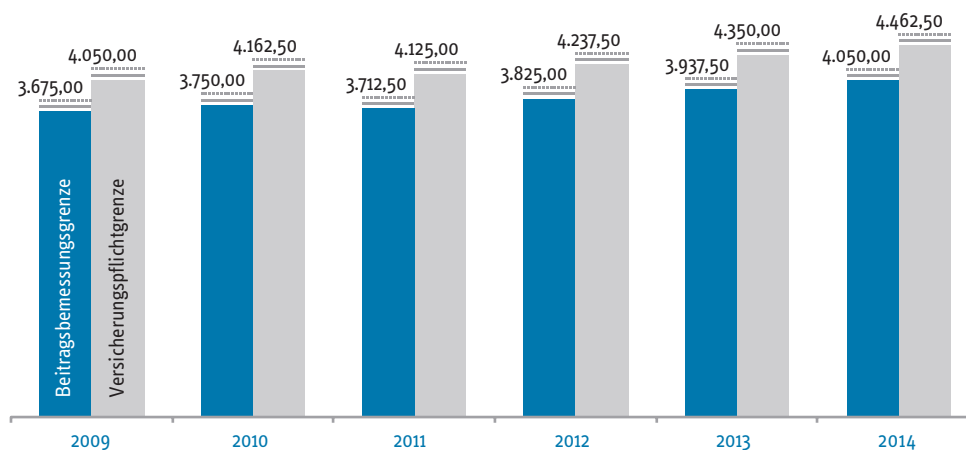
Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG.

* Schätzung.

GKV – Beitragsbemessungs*- und Versicherungspflichtgrenzen

in EUR je Monat

2009 – 2014, Bundesgebiet

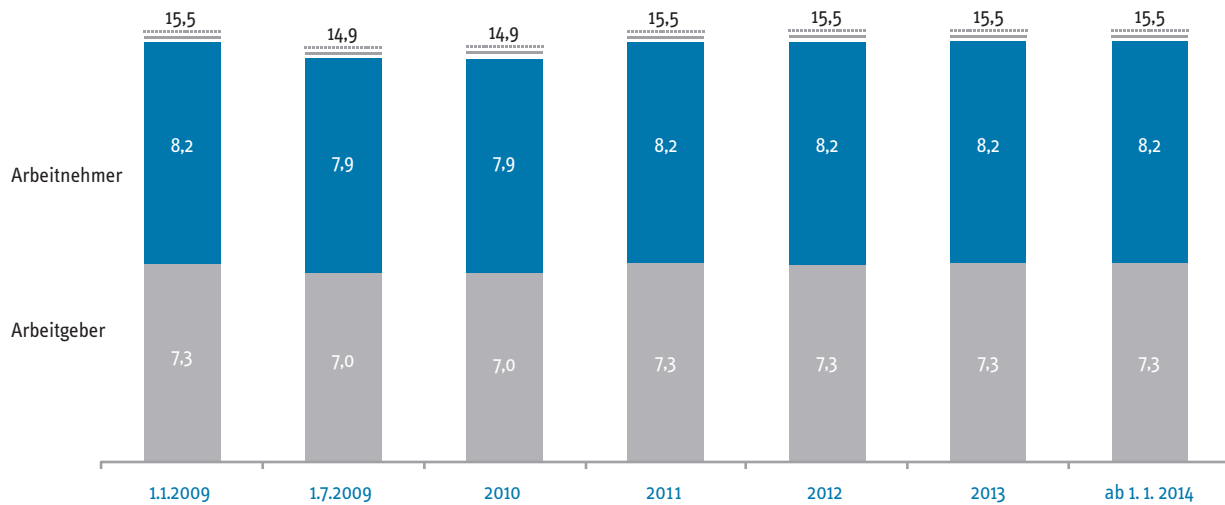


*dieser Wert (Jahreswert dividiert durch 12) gilt auch als Jahresarbeitsentgeltgrenze für Personen, die am 31. 12. 2002 PKV-versichert waren. Versicherungspflichtgrenze nach § 6 Abs. 6 SGB V weicht im Jahr 2003 erstmalig von der Beitragsbemessungsgrenze ab.

Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG.

GKV – Beitragssätze

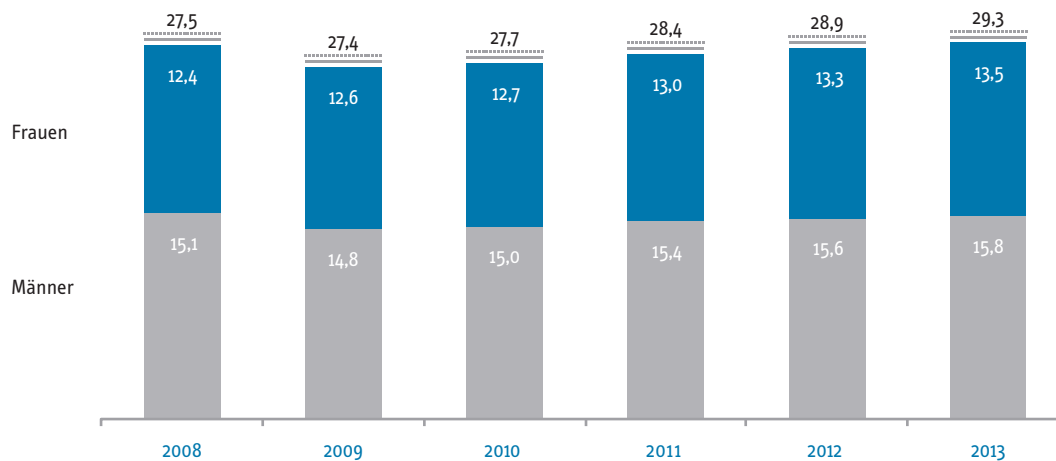
Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteile in Prozent
2009 – 2014, Bundesgebiet



Quelle: vdek.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

nach Geschlecht in Millionen
2008 – 2013*, Bundesgebiet



Quelle: Eigene Darstellung nach: Bundesagentur für Arbeit.

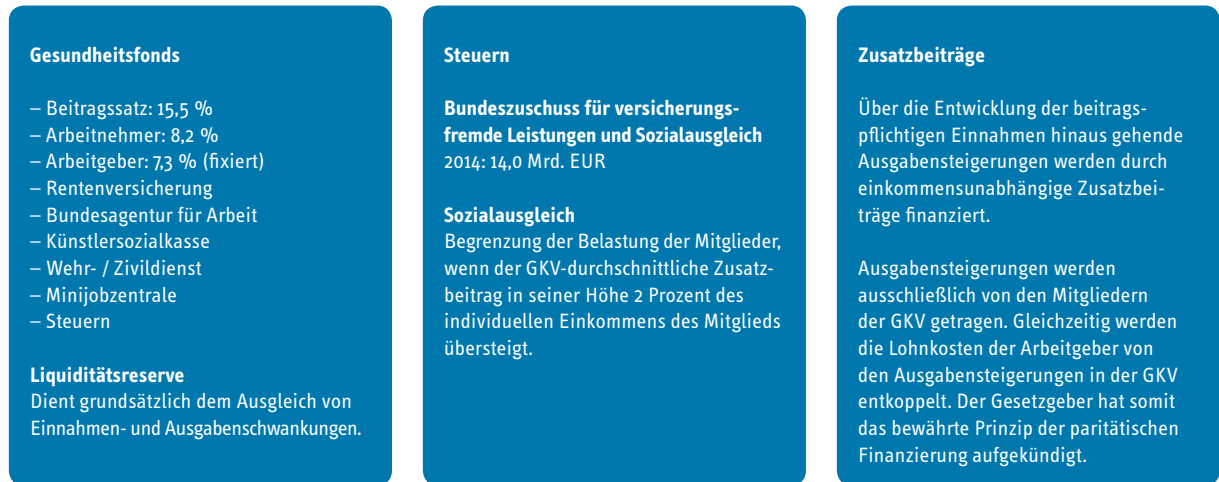
*jeweils 30. Juni.

2013: Männer: 15.756.600,
Frauen: 13.512.000

GKV – Finanzierungssäulen

Prinzipielle Darstellung der Struktur

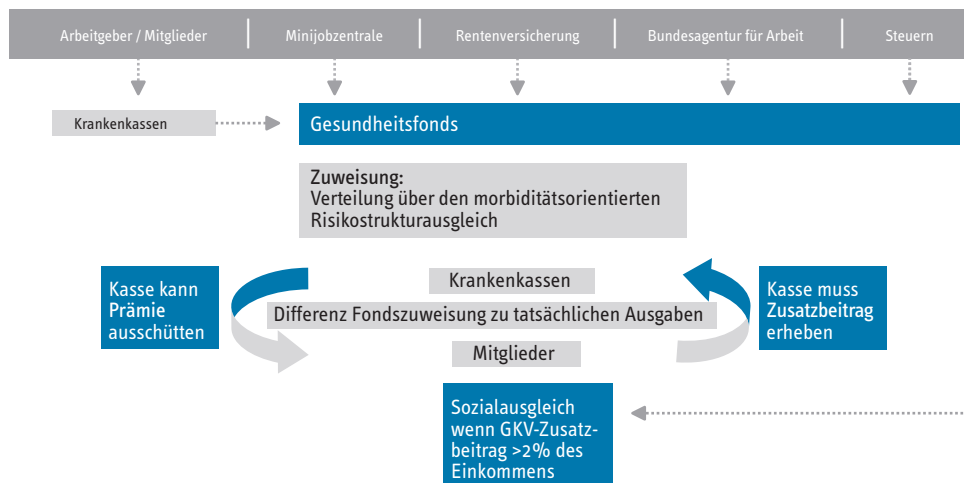
2014



Quelle: vdek.

GKV – Gesundheitsfonds

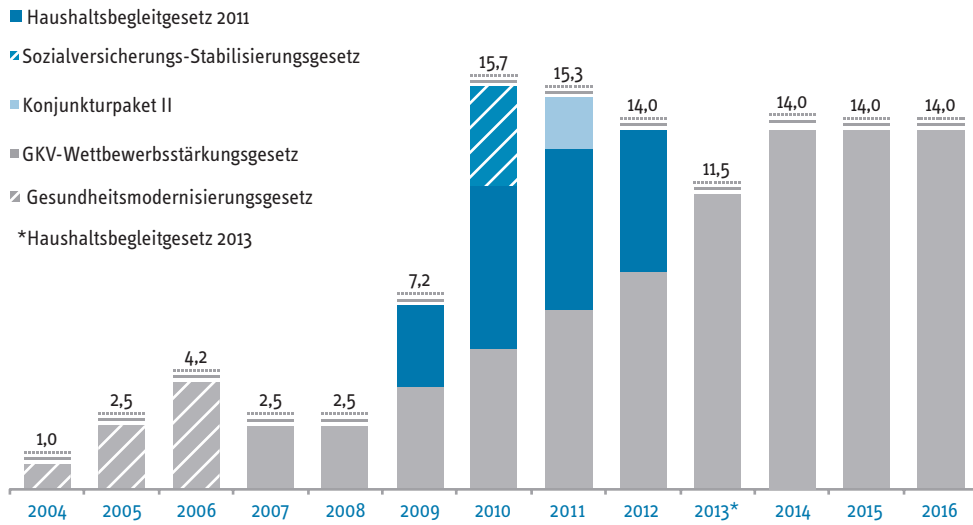
Struktur



Quelle: vdek.

GKV – Bundeszuschuss

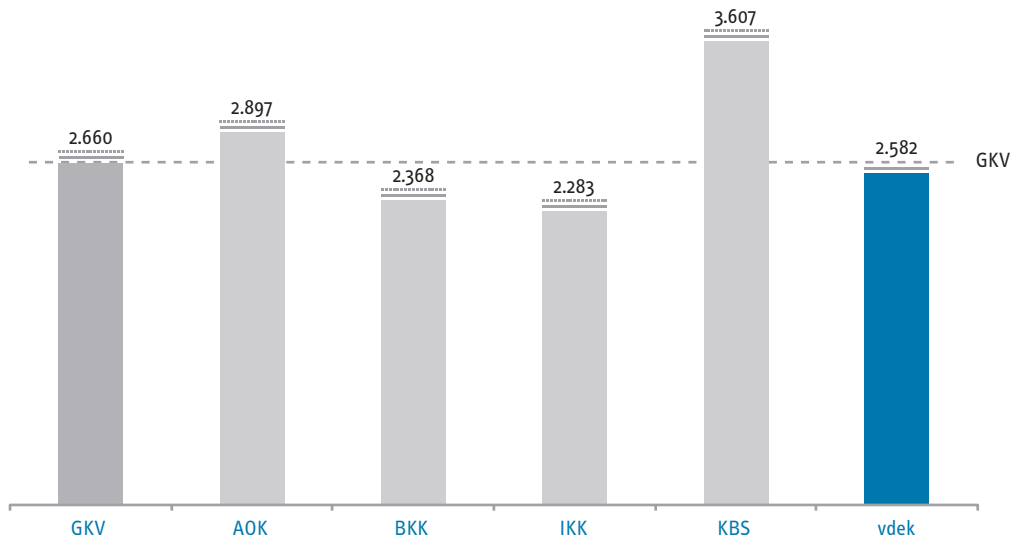
Gesetzliche Krankenversicherung
in Milliarden EUR



Quelle: vdek.

GKV – Zuweisungen aus Gesundheitsfonds

je Versicherten in EUR
2012*

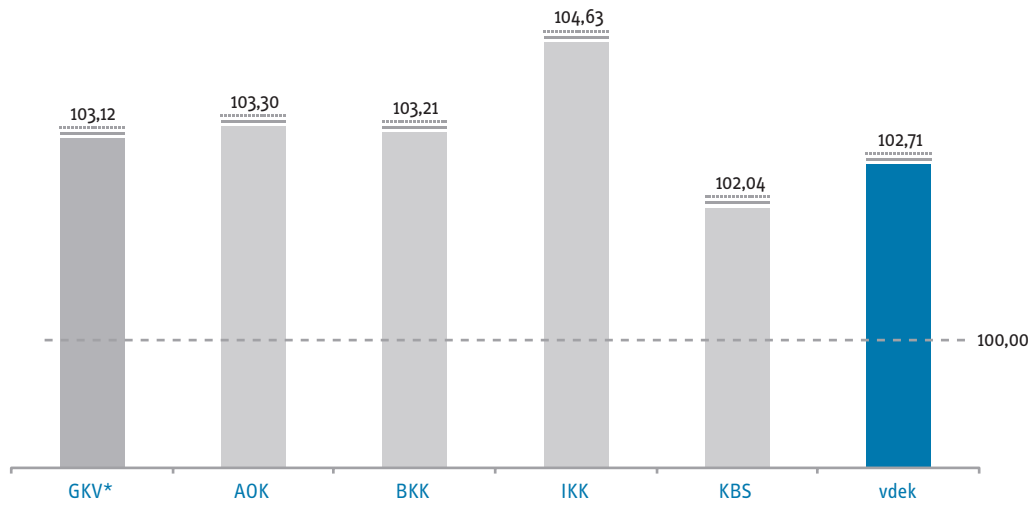


Quelle: Eigene Berechnung nach: BVA. *Jahresausgleich.

GKV – Ausgabendeckung durch Gesundheitsfondszuweisungen

Deckungsgrad in Prozent

2012*



Quelle: vdek.

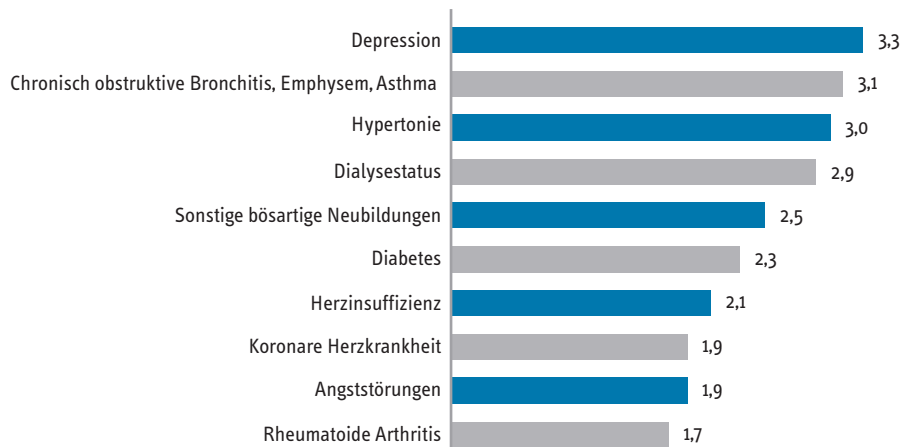
*Jahresausgleich.

Überdeckung in der GKV: festgelegte Zuweisungen > tatsächliche Ausgaben

GKV – Morbiditätsorientierter Risikostrukturausgleich

10 größte Zuweisungsvolumina nach Krankheitsgruppen in Milliarden EUR

2011*



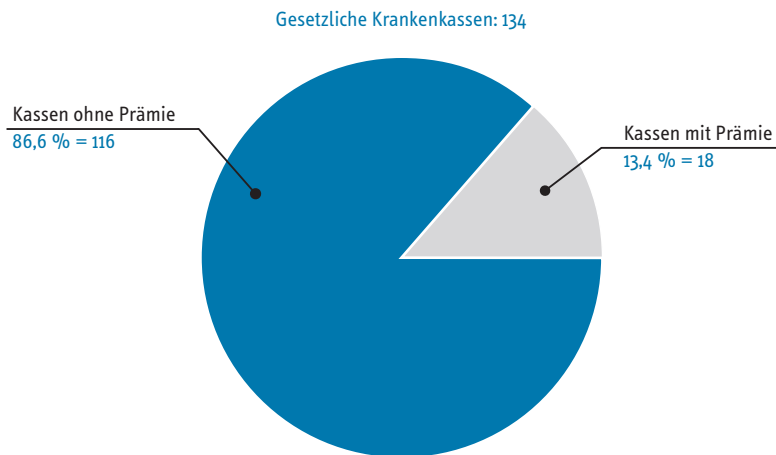
Quelle: Eigene Darstellung nach: BVA.

*Jahresausgleich.

GKV – Prämien

Gesetzliche Krankenkassen

2013 /11, Bundesgebiet

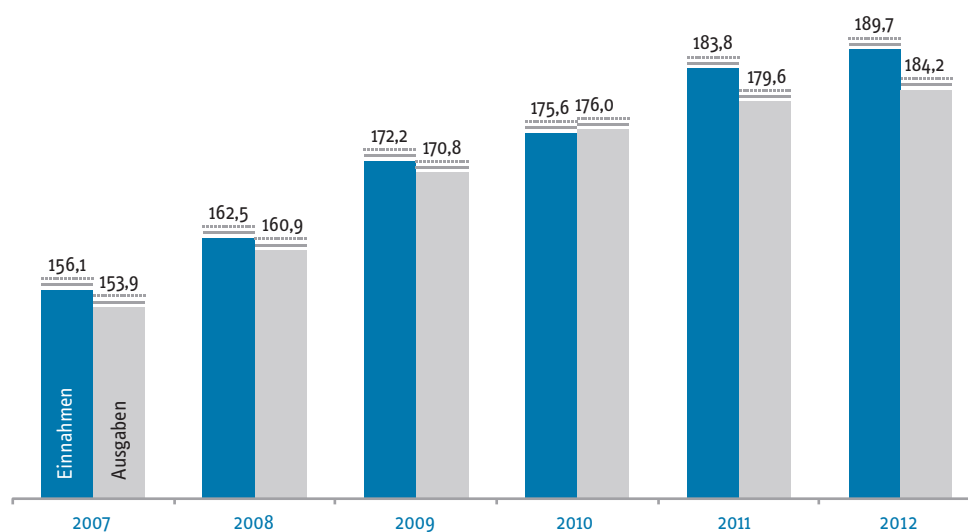


Quelle: vdek.

GKV – Einnahmen* und Ausgaben insgesamt

in Milliarden EUR

2007 – 2012, Bundesgebiet

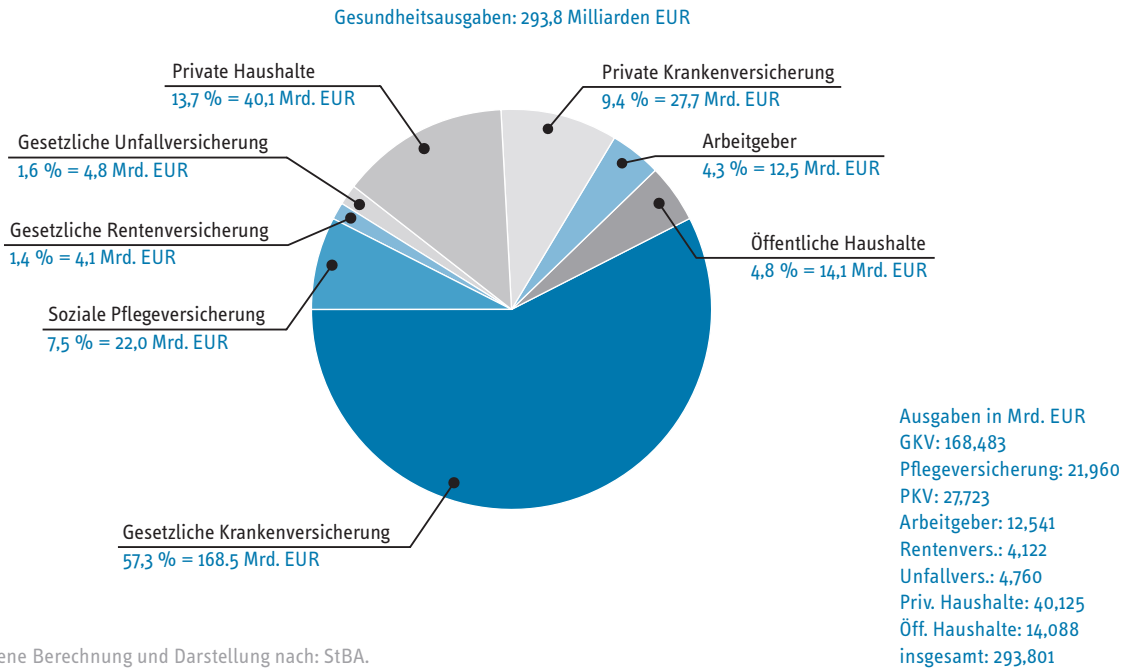


Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1. *kassenseitig.

Einnahmen 2012: 189.688.174.778 EUR
Ausgaben 2012: 184.248.613.619 EUR

Gesundheitsausgaben

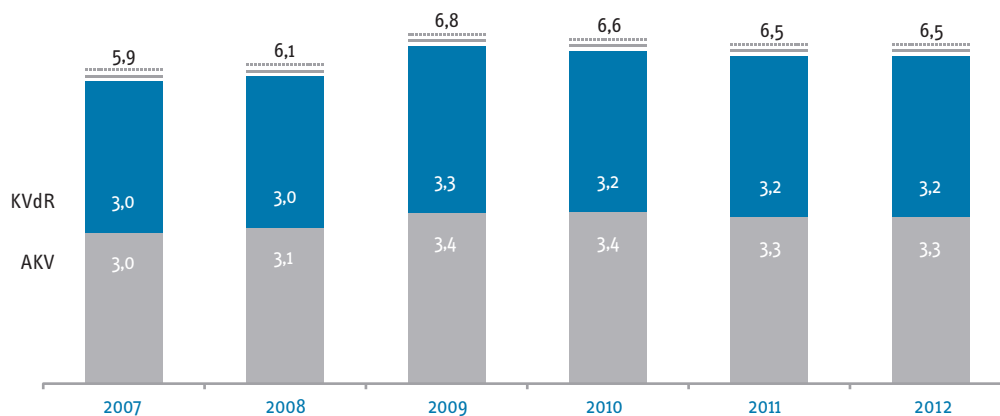
in Milliarden EUR und Anteil in Prozent
2011, Bundesgebiet



GKV-Leistungsausgaben und Bruttoinlandsprodukt (BIP*)

Anteil in Prozent

2007 – 2012, Bundesgebiet



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG, KJ1 und StBA.

*in jeweiligen Preisen

Versorgung

293,8 Milliarden Euro wurden 2011 in Deutschland für Gesundheit ausgegeben. Davon gaben die gesetzlichen Krankenkassen (GKV) 168,5 Milliarden Euro für die Versorgung ihrer Versicherten aus, was einem Anteil von 57,3 Prozent entspricht. 13,7 Prozent der Ausgaben wurde von den privaten Haushalten mit 40,1 Milliarden Euro selbst aufgebracht. Die private Krankenversicherung (PKV) gab 27,7 Milliarden Euro für Gesundheitsleistungen aus, was einem Anteil von 9,4 Prozent entspricht.

2012 lagen die Ausgaben der GKV bei 184,2 Milliarden Euro, dabei beliefen sich die reinen Leistungsausgaben auf rund 173,2 Milliarden Euro. Den größten Ausgabenblock stellt der Krankenhaussektor mit 61,7 Milliarden Euro und einem Anteil von 33,5 Prozent an den Ausgaben insgesamt dar. Er ist mehr als doppelt so groß wie der Arzneimittelbereich mit einem Volumen von 29,2 Milliarden Euro. Den drittgrößten Ausgabensektor stellt die ambulante ärztliche Versorgung mit 28,2 Milliarden Euro und einem Anteil von 15,3 Prozent dar.

Ausblick: 2014 werden die Ausgaben für die Versorgung der gesetzlich Krankenversicherten abermals steigen und voraussichtlich den Wert von 190 Milliarden Euro erreichen oder sogar überschreiten.

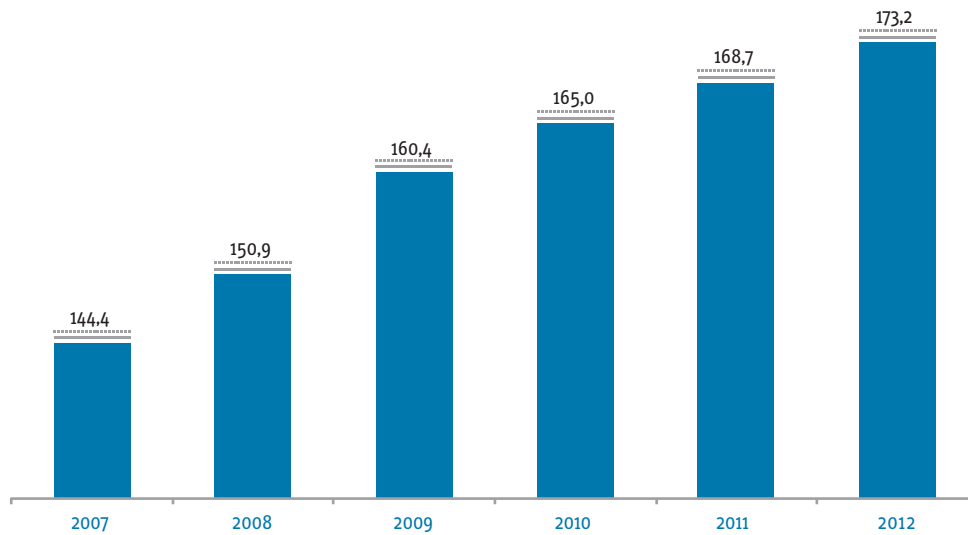
Kapitel

4

GKV – Leistungsausgaben insgesamt

in Milliarden EUR

2007 – 2012, Bundesgebiet



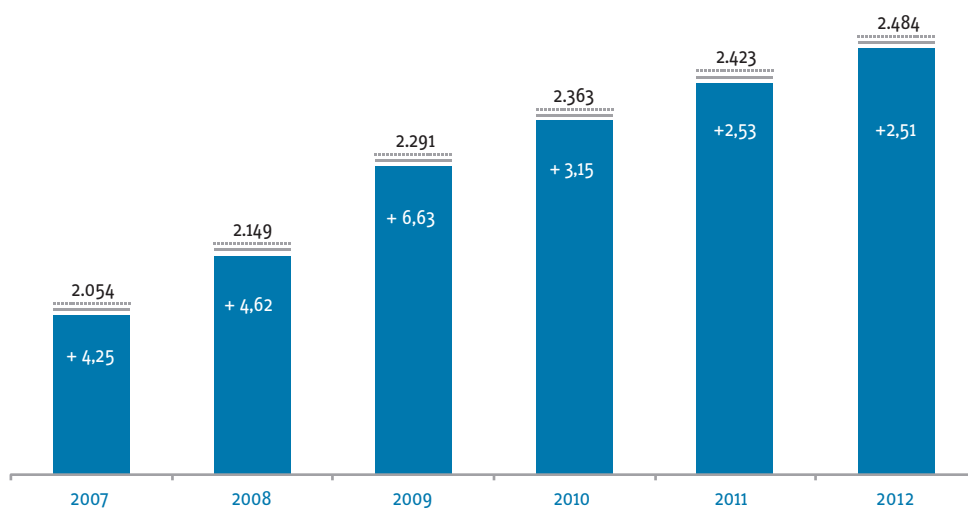
Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1.

2012: 173.152.395.879 EUR

GKV – Leistungsausgaben insgesamt

je Versicherten in EUR und Veränderung zum Vorjahr in Prozent

2007 – 2012, Bundesgebiet

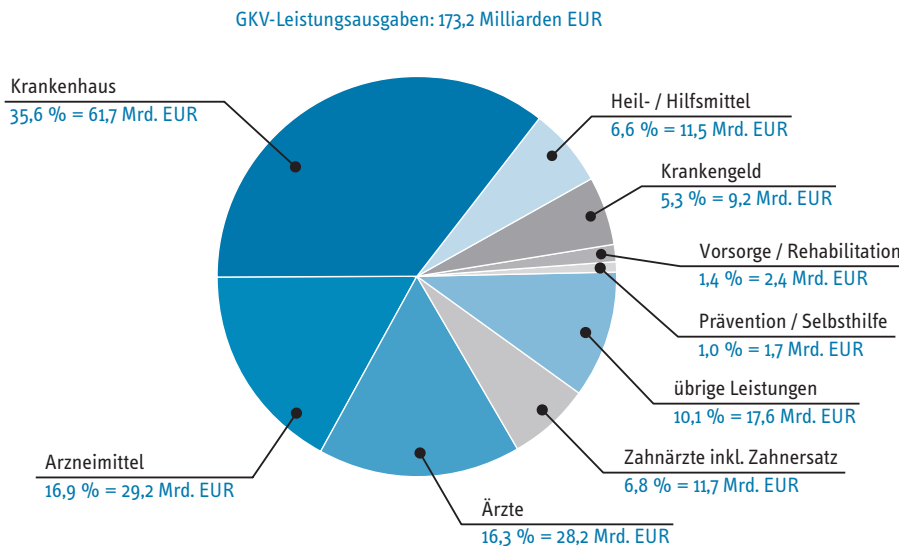


Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1.

2012: 2.484,10 EUR

GKV – Leistungsausgaben

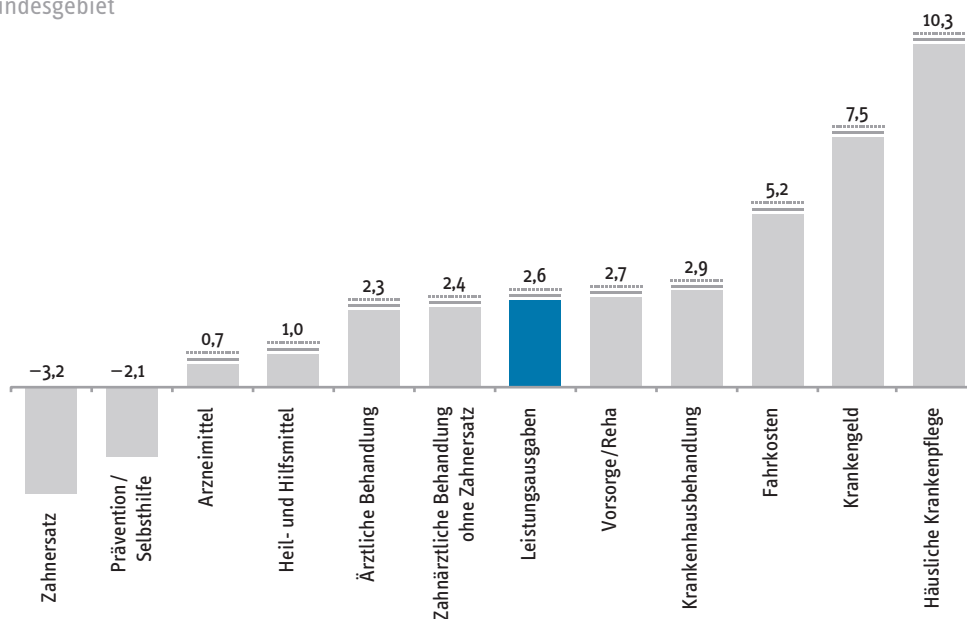
in Milliarden EUR und Anteil in Prozent
2012, Bundesgebiet



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG, KJ1.

GKV – Leistungsausgaben

Veränderung zum Vorjahr in Prozent
2012, Bundesgebiet



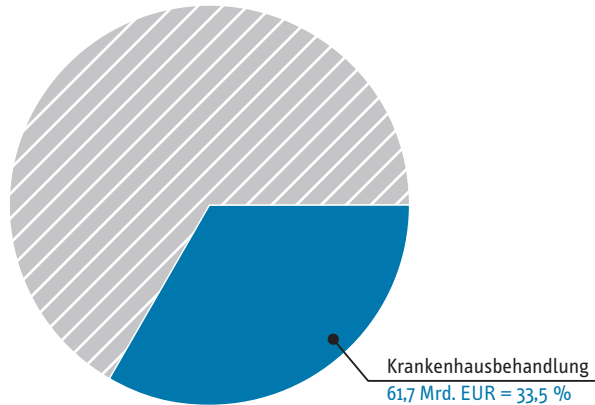
Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1.

GKV – Krankenhausbehandlung

in Milliarden EUR

2012, Bundesgebiet

GKV-Ausgaben insgesamt: 184,2 Mrd. EUR



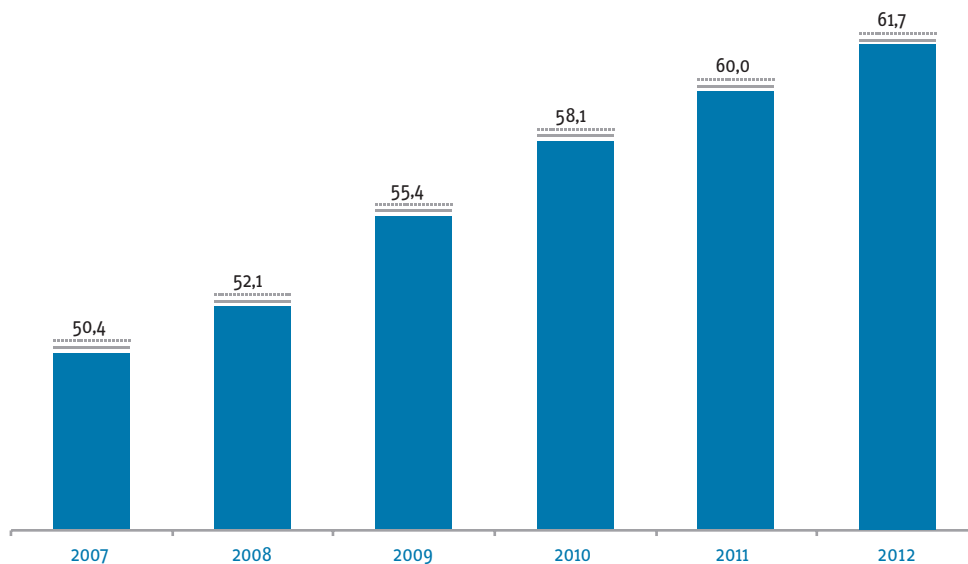
Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG, KJ1.

GKV-Ausgaben: 184.248.613.619 EUR
Krankenhausbehandlung: 61.662.943.467 EUR

GKV – Krankenhausbehandlung

in Milliarden EUR

2007 – 2012, Bundesgebiet



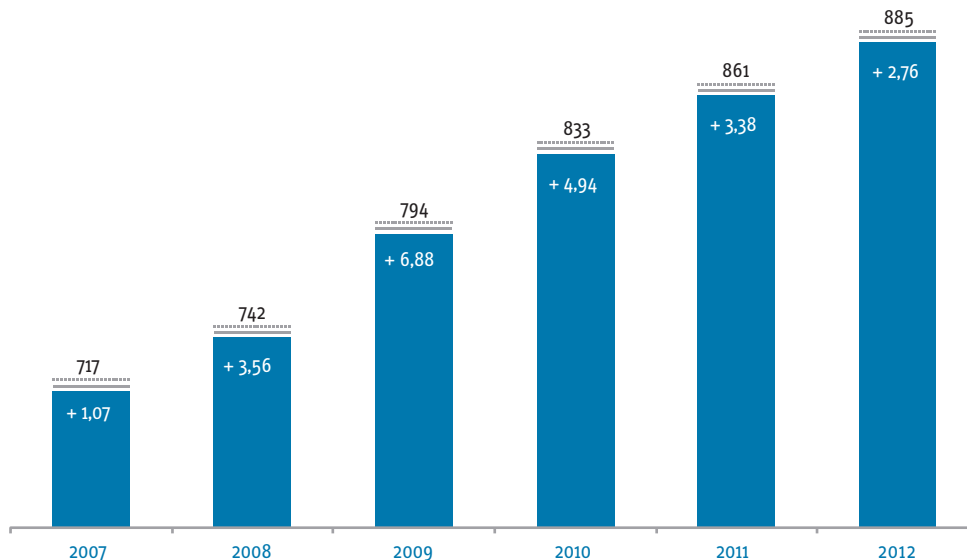
Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1.

2012: 61.662.943.467 EUR

GKV – Krankenhausbehandlung

je Versicherter in EUR und Veränderung zum Vorjahr in Prozent

2007 – 2012, Bundesgebiet



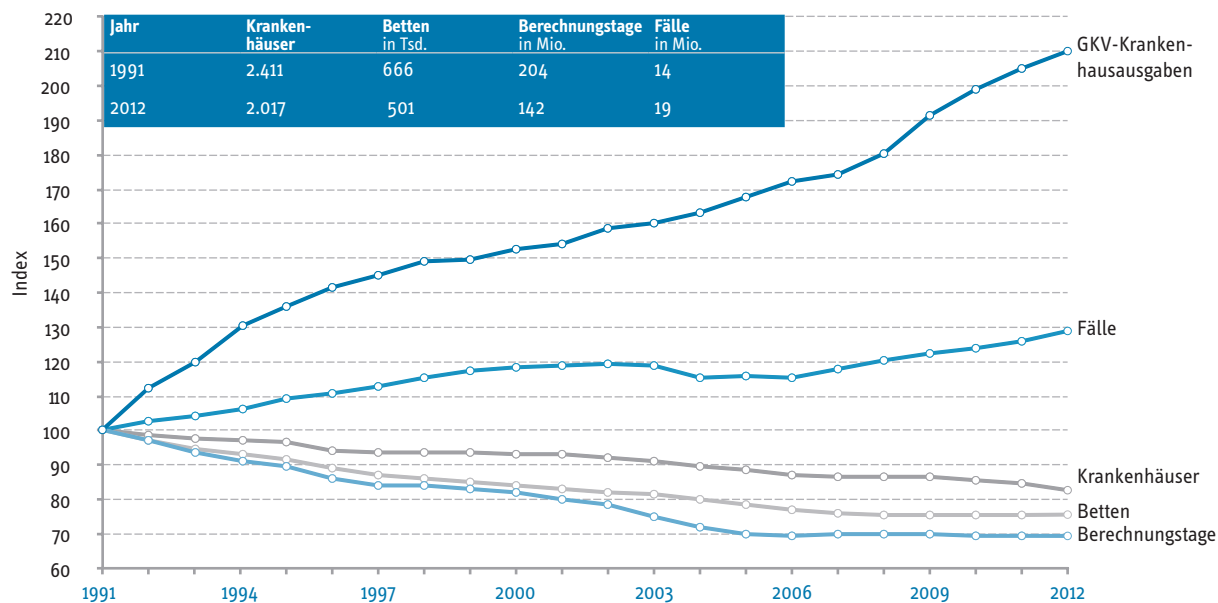
Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1.

2012: 884,64 EUR

Krankenhausindikatoren: Krankenhäuser, Betten, Berechnungstage und Fälle

Index (1991 = 100)

1991 – 2012, Bundesgebiet

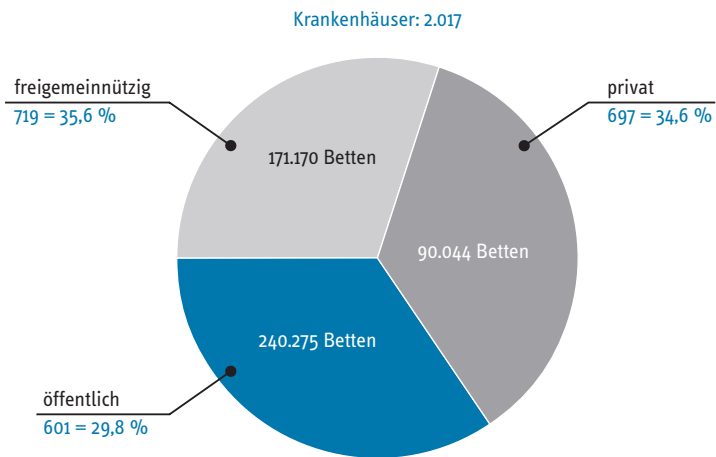


Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: StBA und BMG, KJ1.

Krankenhäuser

nach Trägern und Betten

2012



Quelle: Eigene Darstellung nach: StBA.

Krankenhäuser

Einrichtungen, Betten und Patientenbewegung

2011

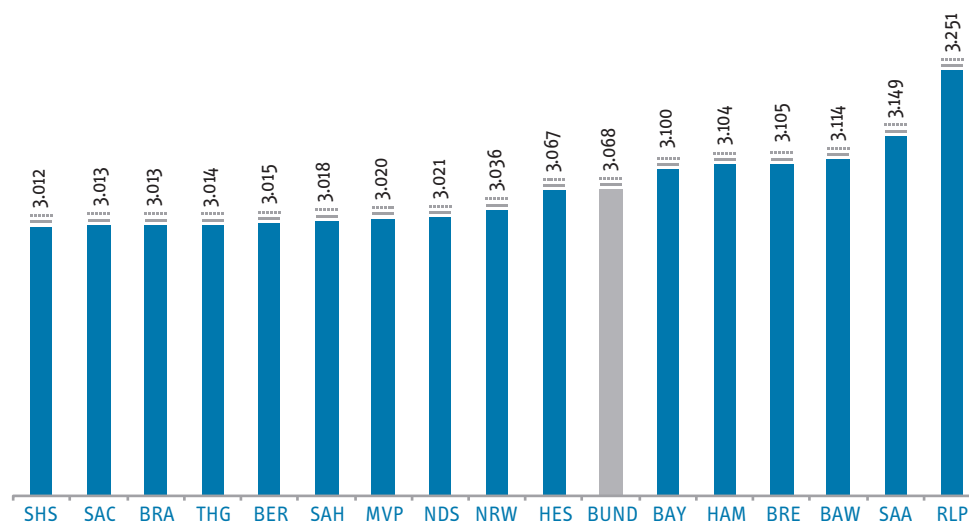
Bundesland	Krankenhäuser	Betten	Bettenauslastung	Fallzahl	Berechnungstage in Tausend	Verweildauer in Tagen
Baden-Württemberg	285	56.910	77,1	2.059.083	16.013	7,8
Bayern	370	75.827	76,7	2.811.503	21.216	7,5
Berlin	79	19.905	82,3	771.418	5.981	7,8
Brandenburg	53	15.242	79,5	544.582	4.425	8,1
Bremen	14	5.134	78,3	200.279	1.467	7,3
Hamburg	47	12.071	83,0	461.221	3.659	7,9
Hessen	174	35.941	76,7	1.299.328	10.067	7,7
Mecklenburg-Vorp.	39	10.375	78,9	410.150	2.987	7,3
Niedersachsen	197	42.204	80,2	1.615.879	12.353	7,6
Nordrhein-Westfalen	401	121.556	75,6	4.286.435	33.534	7,8
Rheinland-Pfalz	95	25.375	72,9	890.729	6.752	7,6
Saarland	23	6.451	86,9	266.487	2.045	7,7
Sachsen	80	26.467	79,2	986.173	7.649	7,8
Sachsen-Anhalt	49	16.388	75,2	591.354	4.498	7,6
Schleswig-Holstein	94	15.990	77,2	580.808	4.505	7,8
Thüringen	45	16.193	76,6	568.731	4.526	8,0
Bundesgebiet	2.045	502.029	77,3	18.344.156	141.676	7,7

Quelle: Eigene Darstellung nach: StBA.

Landesbasisfallwerte*

in EUR

2013, Bundesländer



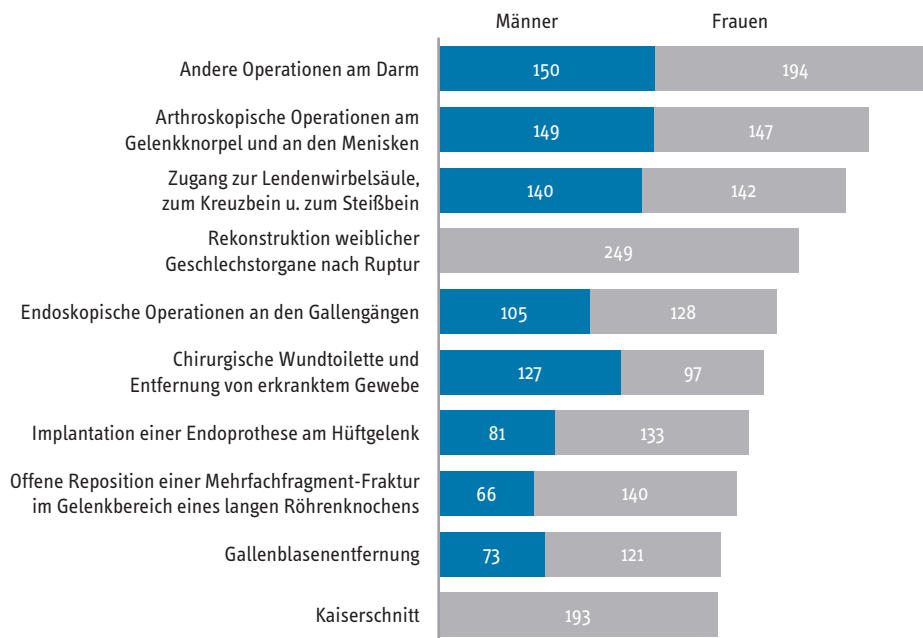
Quelle: vdek.

*ohne Ausgleich.

Operationen im Krankenhaus

10 häufigste Operationen nach Geschlecht in Tausend

2011

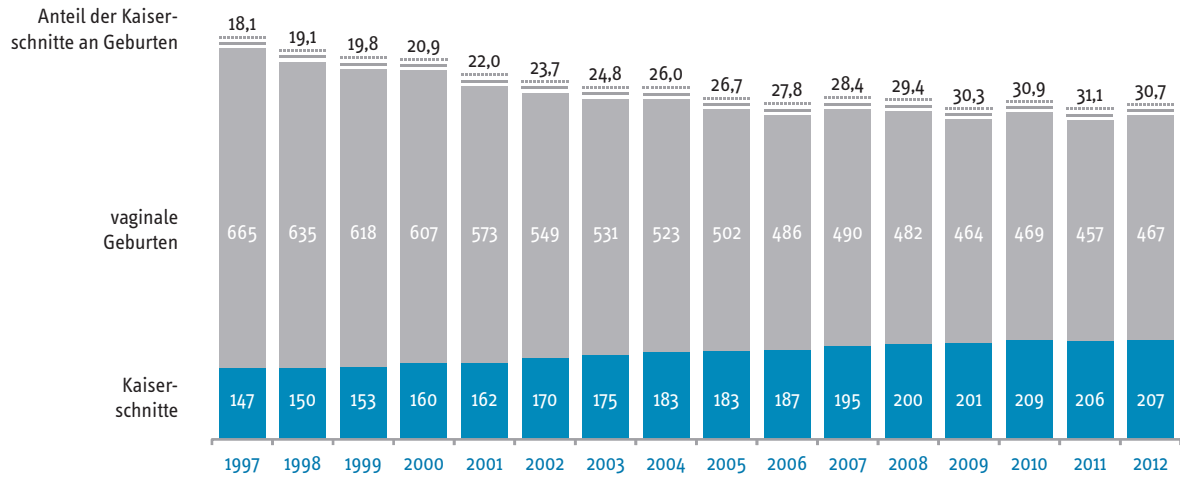


Quelle: Eigene Darstellung nach: StBA.

Kaiserschnitte und Geburten

in Tausend und Anteil in Prozent

1997 – 2012, Bundesgebiet



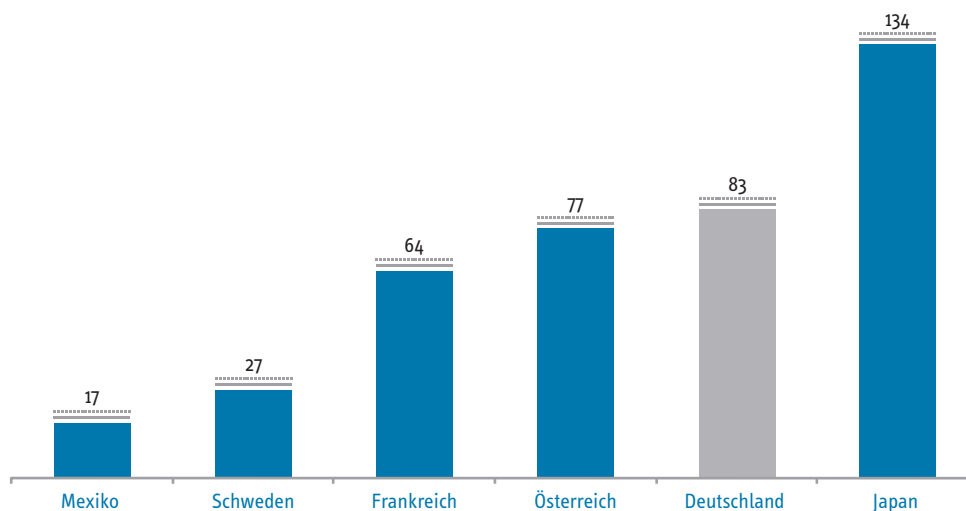
Quelle: Eigene Darstellung nach: StBA.

2012: 206.919 Kaiserschnitte, 466.625 vaginale Geburten

Krankenhausstrukturdaten im internationalen Vergleich

Betten je 10.000 Einwohner

2011



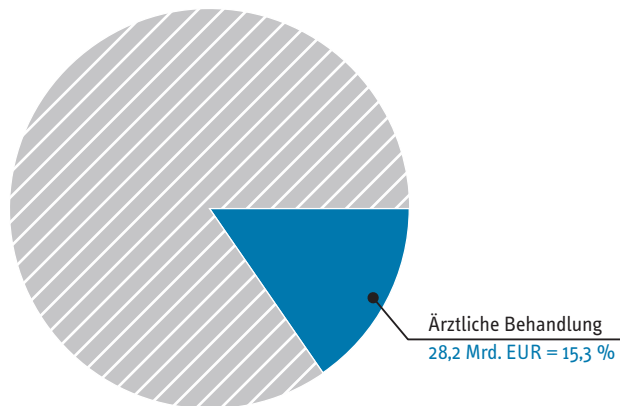
Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: OECD.

GKV – Ärztliche Behandlung

in Milliarden EUR

2012, Bundesgebiet

GKV-Ausgaben insgesamt: 184,2 Mrd. EUR



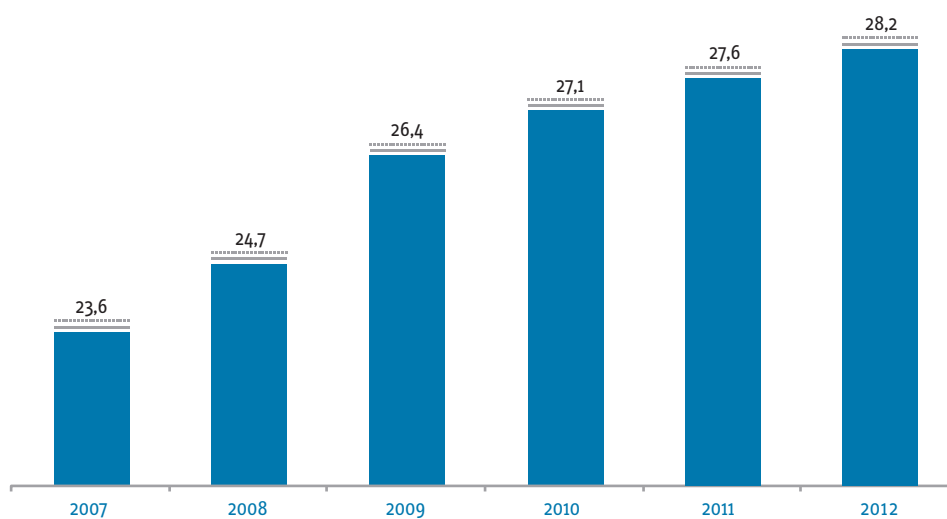
Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1.

GKV-Ausgaben: 184.248.613.619 EUR
 Ärztliche Behandlung: 28.248.122.358 EUR

GKV – Ärztliche Behandlung

in Milliarden EUR

2007 – 2012, Bundesgebiet

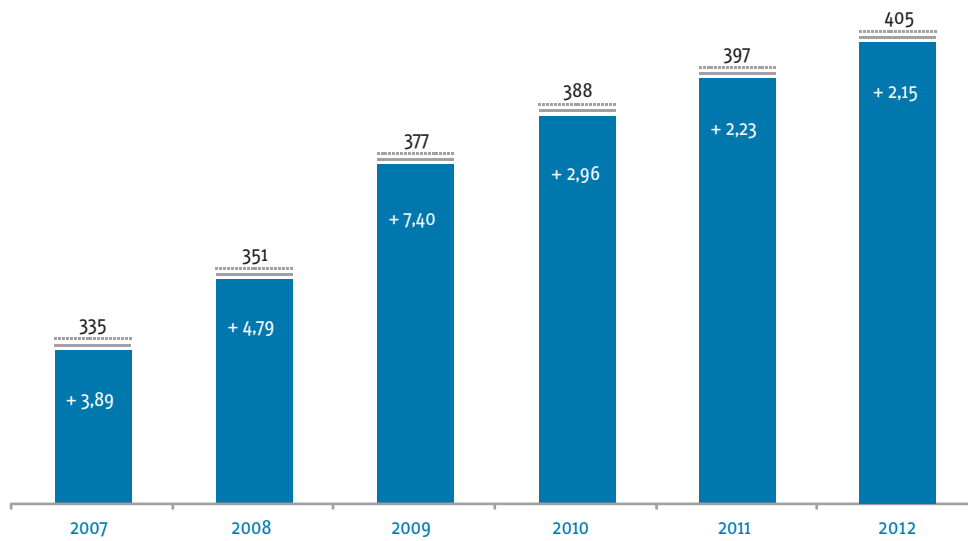


Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1.

2012: 28.248.122.358 EUR

GKV – Ärztliche Behandlung

je Versicherter in EUR und Veränderung zum Vorjahr in Prozent
2007 – 2012, Bundesgebiet

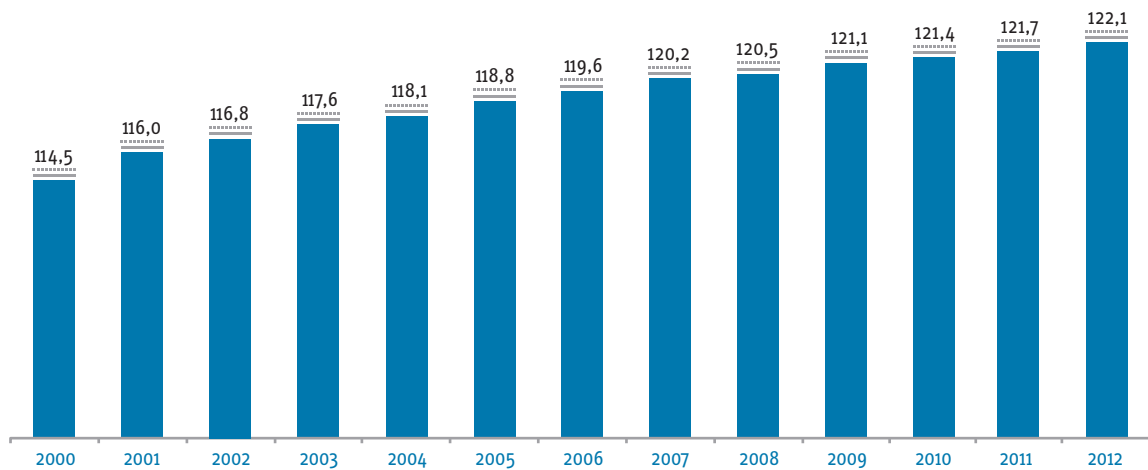


Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1.

2012: 405,26 EUR

Vertragsärzte*

in Tausend
2000 – 2012, Bundesgebiet



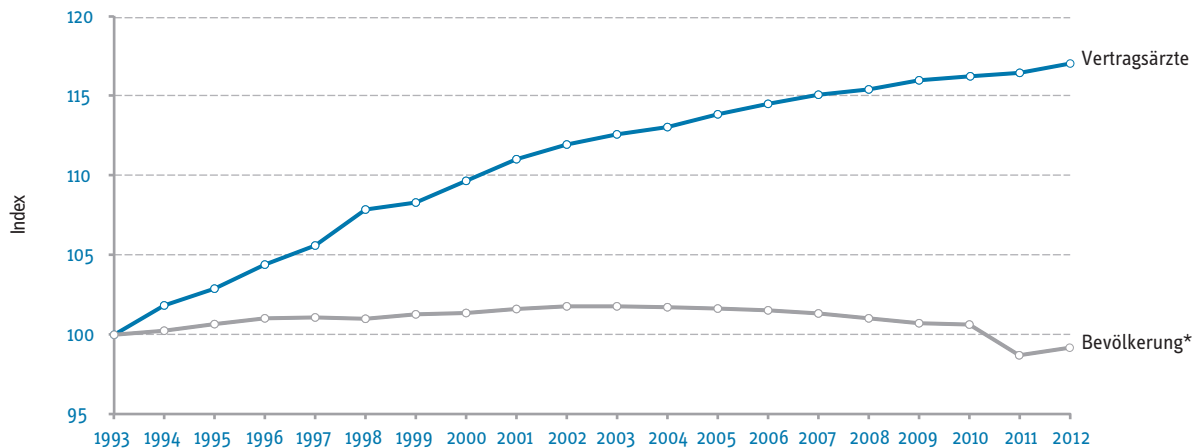
Quelle: Eigene Darstellung nach: Bundesarztregister der KBV.

* inklusive Partnerärzte

Vertragsärzte 2012: 122.190

Vertragsärzte und Bevölkerung

Index (1993 = 100)
1993 – 2012, Bundesgebiet



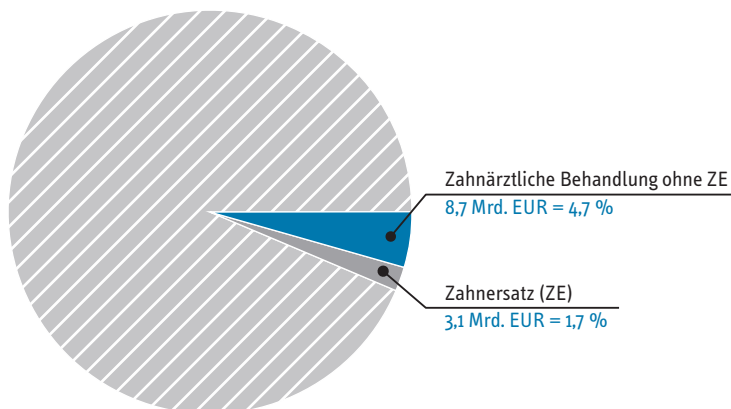
Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: StBA.

*Bevölkerungsdaten 2011 und 2012 auf Grundlage des Zensus 2011.

GKV – Zahnärztliche Behandlung

in Milliarden EUR
2012, Bundesgebiet

GKV-Ausgaben insgesamt: 184,2 Mrd. EUR



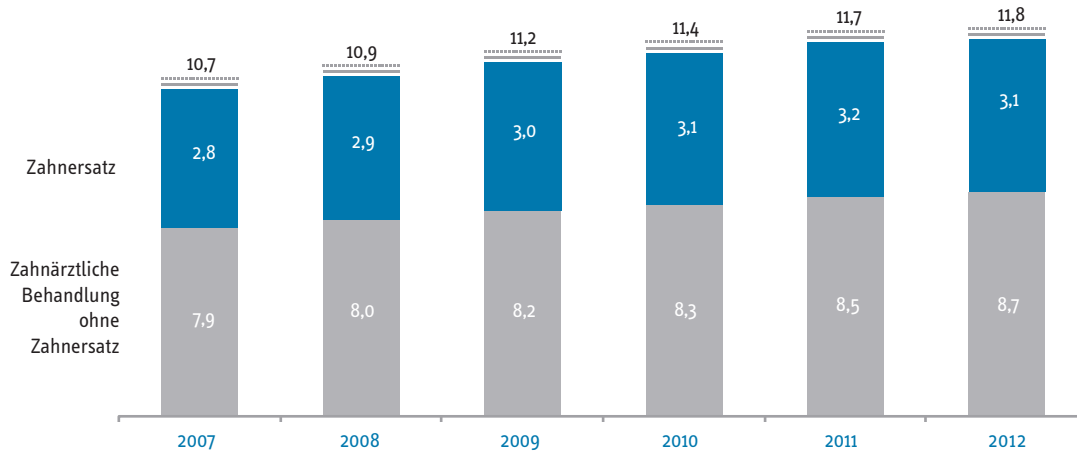
GKV-Ausgaben: 184.248.613.619 EUR
Zahnärztliche Behandlung ohne ZE: 8.666.990.945 EUR
Zahnersatz (ZE): 3.081.744.720 EUR

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG, KJ1.

GKV – Zahnärztliche Behandlung

in Milliarden EUR

2007 – 2012, Bundesgebiet



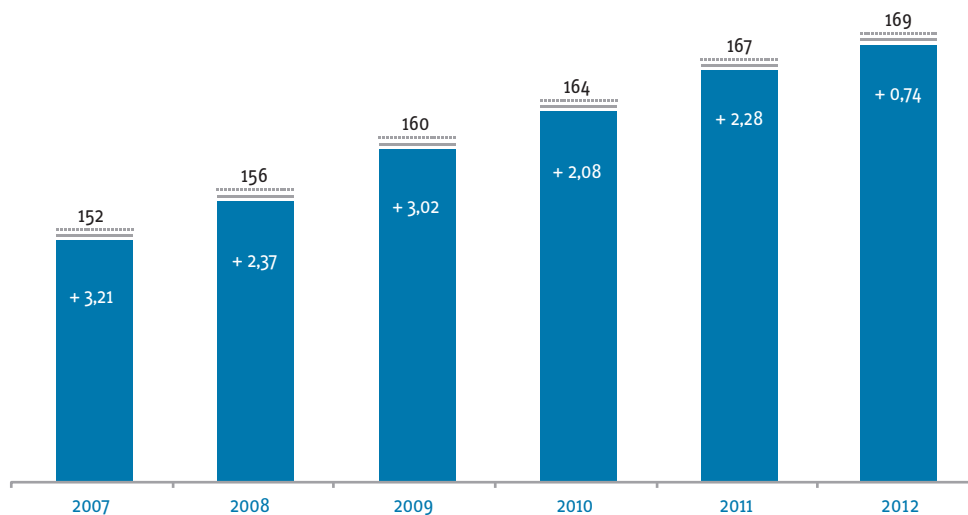
Zahnärztliche Behandlung ohne ZE 2012: 8.666.990.945 EUR
 Zahnersatz 2012: 3.081.744.720 EUR

Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1.

GKV – Zahnärztliche Behandlung einschließlich Zahnersatz

je Versicherten in EUR und Veränderung zum Vorjahr in Prozent

2007 – 2012, Bundesgebiet



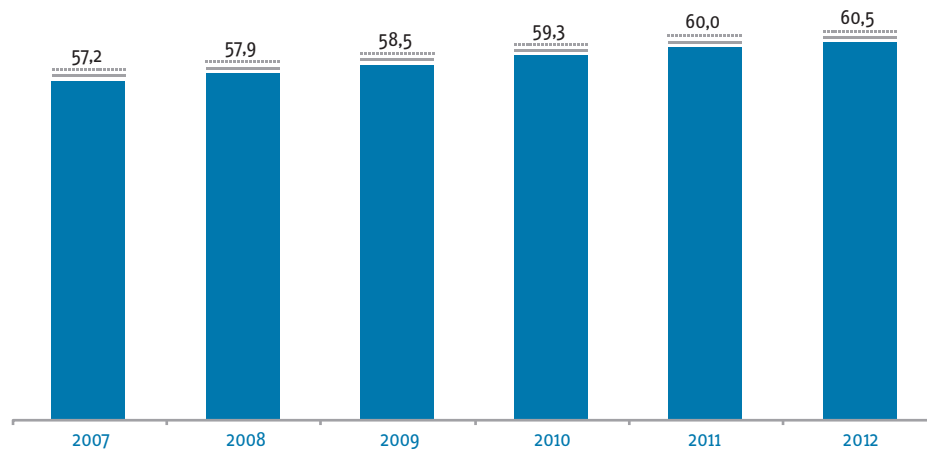
Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1.

2012: 168,55 EUR

Vertragszahnärzte*

in Tausend

2007 – 2012, Bundesgebiet



Quelle: Eigene Darstellung nach: KZBV.

*Teilnehmende und angestellte Zahnärzte.

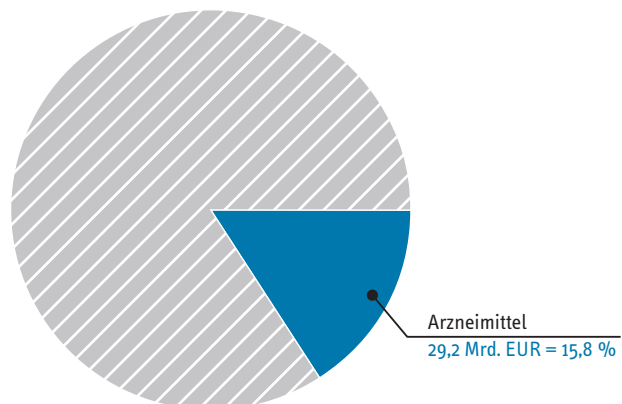
2012: 60.533

GKV – Arzneimittel

in Milliarden EUR

2012, Bundesgebiet

GKV-Ausgaben insgesamt: 184,2 Mrd. EUR



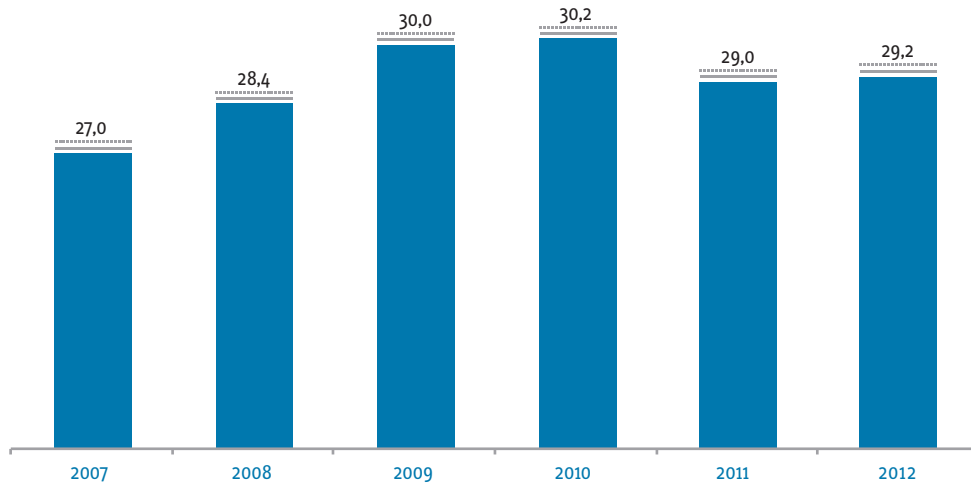
Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG, KJ1.

GKV-Ausgaben: 184.248.613.619 EUR
Arzneimittel: 29.198.483.323 EUR

GKV – Arzneimittel

in Milliarden EUR

2007 – 2012, Bundesgebiet



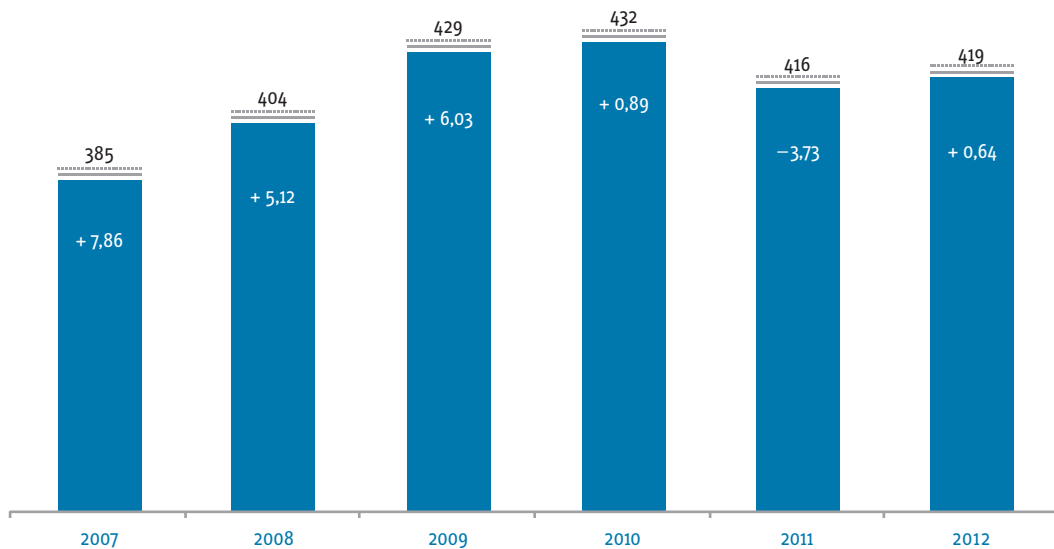
Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1.

2012: 29.198.483,323 EUR

GKV – Arzneimittel

je Versicherter in EUR und Veränderung zum Vorjahr in Prozent

2007 – 2012, Bundesgebiet

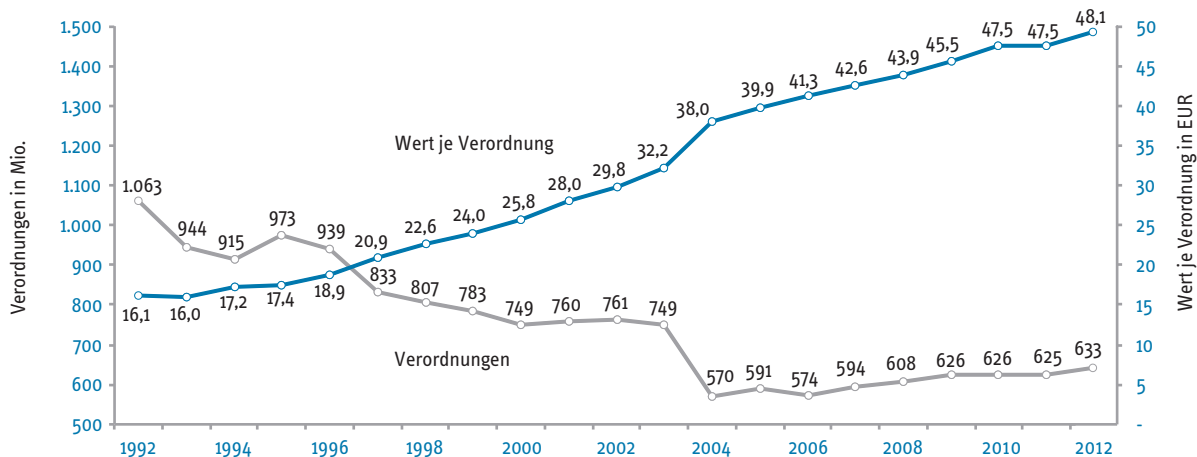


Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1.

2012: 418,89 EUR

Arzneimittelverordnungen

Verordnungen in Millionen und Wert je Verordnung in EUR
1992 – 2012, Bundesgebiet

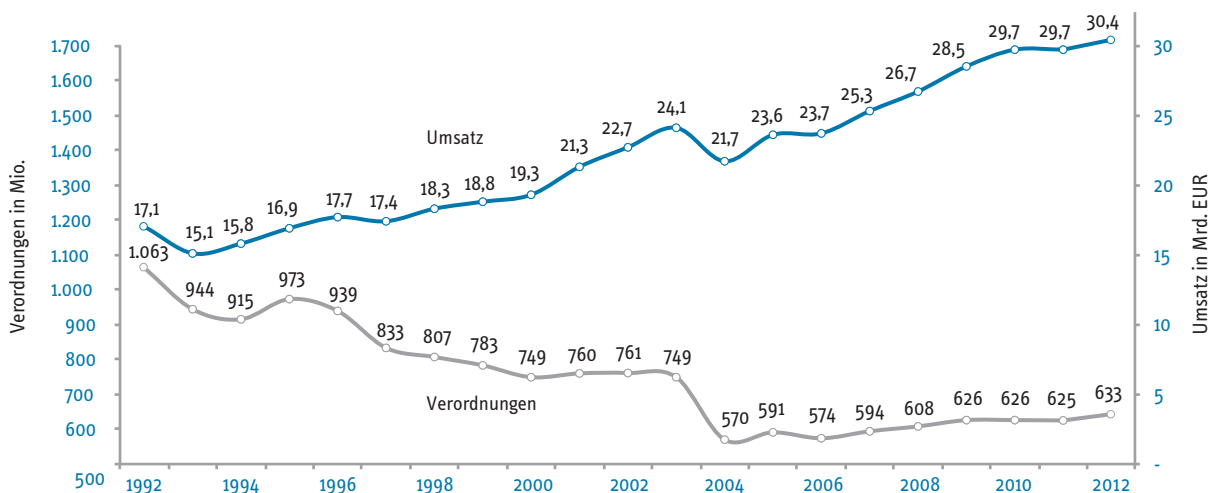


Quelle: Eigene Darstellung nach: Arzneiverordnungs-Report 2013.

2012: 48,05 EUR

Arzneimittelverordnungen und -umsatz

Verordnungen in Millionen und Umsatz in Milliarden EUR
1992 – 2012, Bundesgebiet

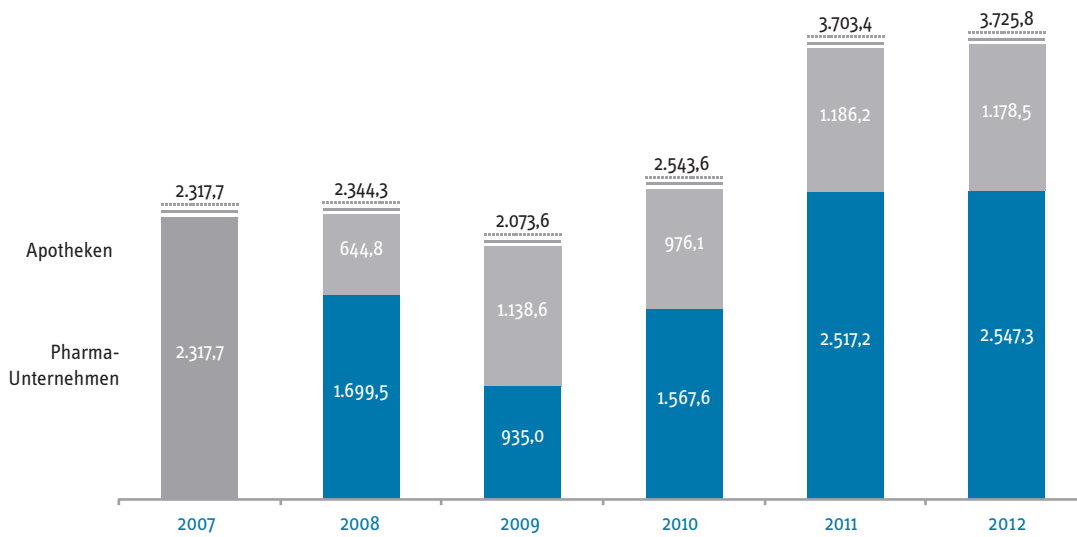


Quelle: Eigene Darstellung nach: Arzneiverordnungs-Report 2013.

GKV – Gesetzliche Arzneimittelrabatte

in Millionen EUR

2007 – 2012, Bundesgebiet

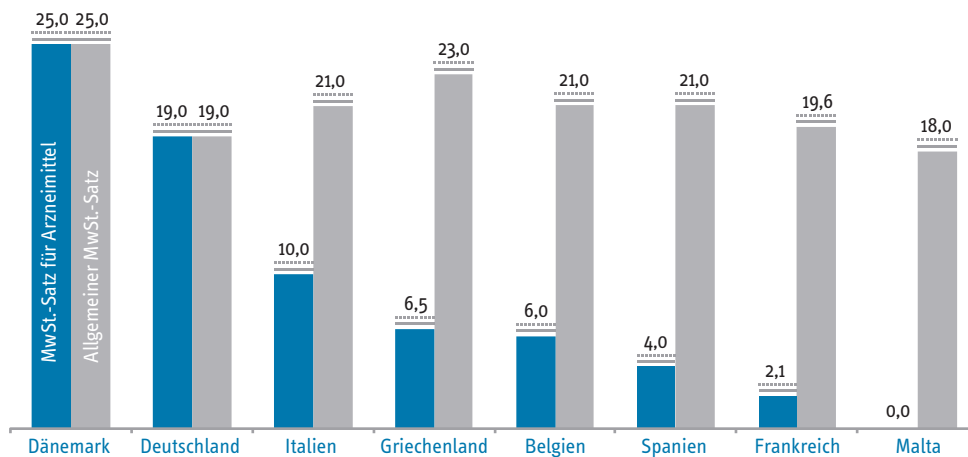


Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG.

Arzneimittel

Mehrwertsteuersätze in Prozent

2013, EU



Quelle: Eigene Darstellung nach: ABDA.

Apotheken

nach Bundesländern

2007 – 2012, jeweils am 31. Dezember

Bundesländer	2007	2008	2009	2010	2011	2012	Veränderung 2012 zu 2007
Baden-Württemberg	2.776	2.775	2.755	2.746	2.729	2.670	-3,8 %
Bayern	3.425	3.438	3.439	3.430	3.386	3.347	-2,3 %
Berlin	892	892	890	884	872	861	-3,5 %
Brandenburg	567	572	578	580	579	573	1,1 %
Bremen	172	173	171	174	163	155	-9,9 %
Hamburg	462	459	459	453	442	436	-5,6 %
Hessen	1.634	1.632	1.621	1.614	1.590	1.569	-4,0 %
Mecklenburg-Vorpommern	399	407	408	411	407	409	2,5 %
Niedersachsen	2.116	2.113	2.107	2.086	2.068	2.041	-3,5 %
Nordrhein-Westfalen*	4.756	4.747	4.737	4.683	4.649	4.552	-4,3 %
Rheinland-Pfalz	1.134	1.129	1.116	1.119	1.102	1.084	-4,4 %
Saarland	345	341	338	335	331	323	-6,4 %
Sachsen	973	995	999	999	1.001	999	2,7 %
Sachsen-Anhalt	616	616	618	617	619	617	0,2 %
Schleswig-Holstein	732	739	735	727	719	712	-2,7 %
Thüringen	571	574	577	583	581	573	0,4 %
Bundesgebiet	21.570	21.602	21.548	21.441	21.238	20.921	-3,0 %

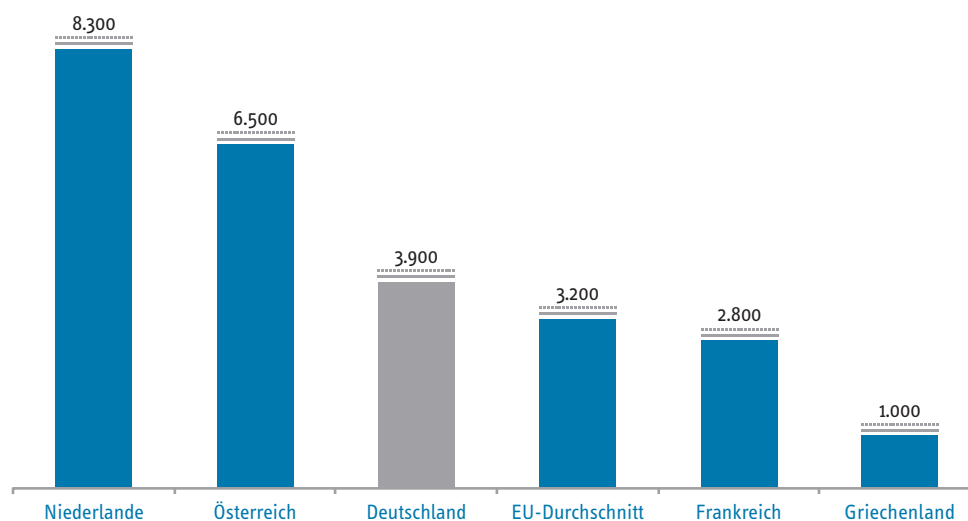
*2012: Nordrhein: 2.425
und Westfalen-Lippe: 2.127

Quelle: Eigene Darstellung u. Berechnung nach: ABDA, Die Apotheke: Zahlen – Daten – Fakten.

Apothekendichte im internationalen Vergleich

Einwohner je Apotheke

2012



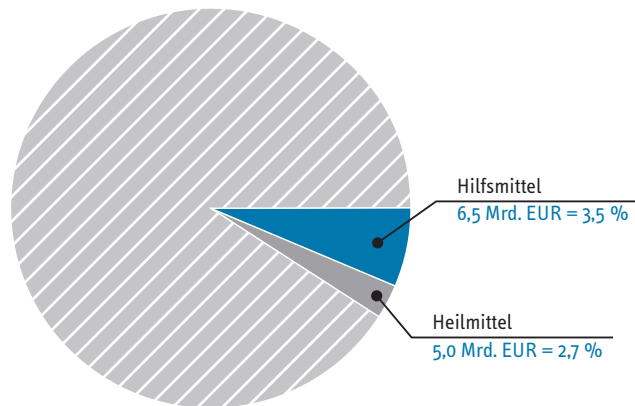
Quelle: Eigene Darstellung nach: ABDA.

GKV – Heil- und Hilfsmittel

in Milliarden EUR

2012, Bundesgebiet

GKV-Ausgaben insgesamt: 184,2 Mrd. EUR



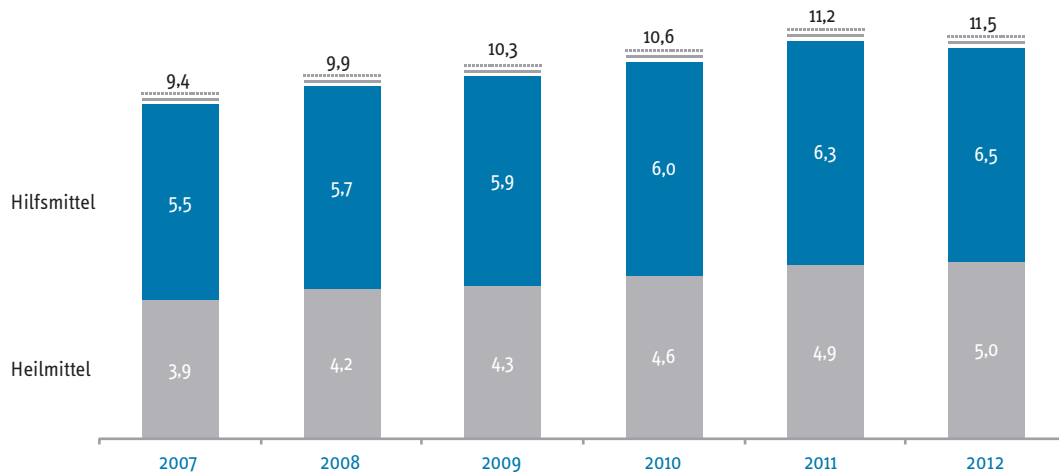
GKV-Ausgaben: 184.248.613.619 EUR
 Hilfsmittel: 6.464.282.191 EUR
 Heilmittel: 4.991.268.704 EUR

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG, KJ1.

GKV – Heil- und Hilfsmittel

in Milliarden EUR

2007 – 2012, Bundesgebiet

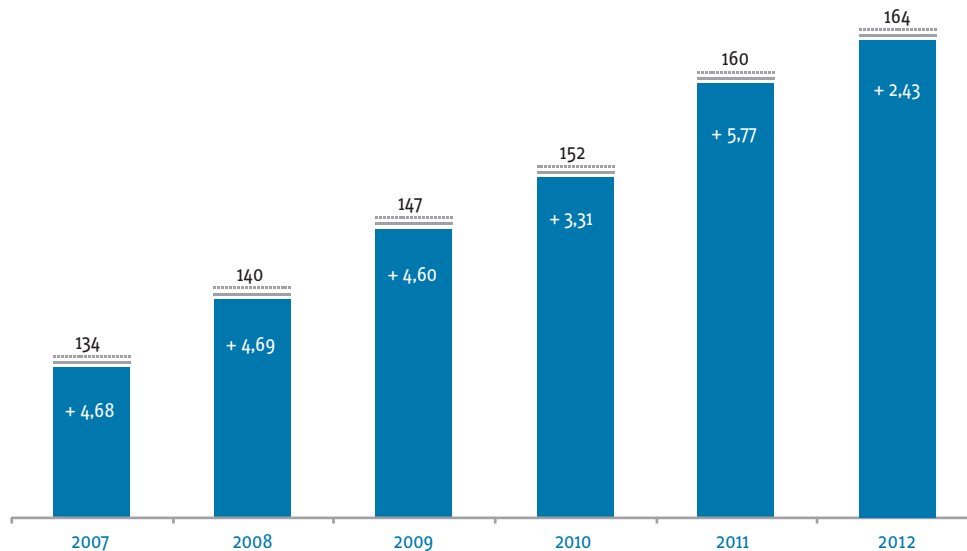


Hilfsmittel 2012: 6.464.282.191 EUR
 Heilmittel 2012: 4.991.268.704 EUR

Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1.

GKV – Heil- und Hilfsmittel

je Versicherter in EUR und Veränderung zum Vorjahr in Prozent
2007 – 2012, Bundesgebiet

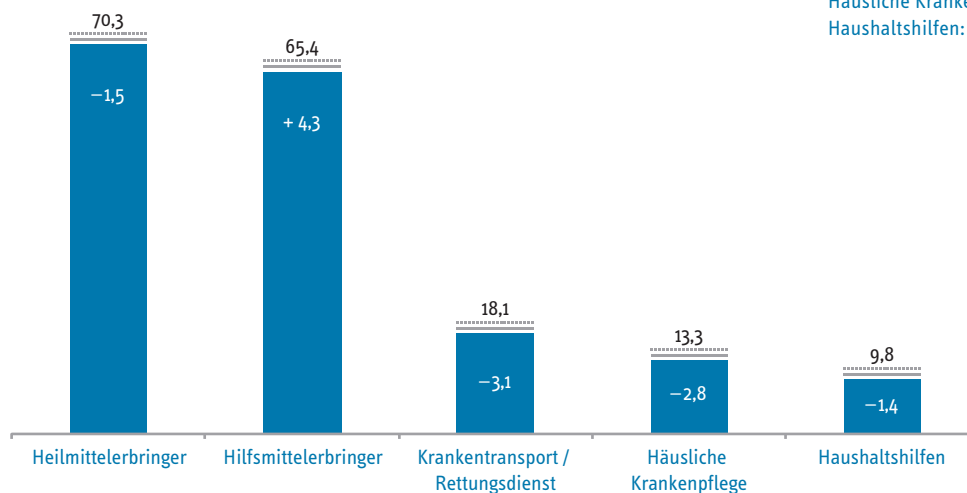


Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1.

2012: 164,35 EUR

Sonstige Leistungserbringer

in Tausend und Veränderung zum Vorjahr in Prozent
2013, Bundesgebiet



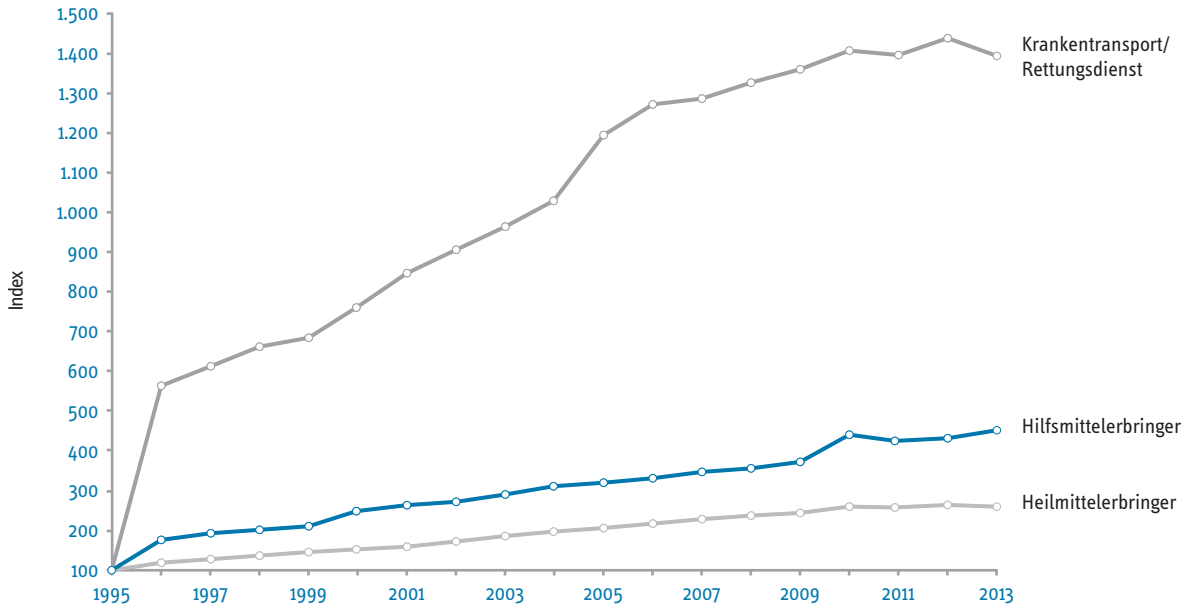
Heilmittelerbringer: 70.327
Hilfsmittelerbringer: 65.444
Krankentransport/Rettungsd.: 18.136
Häusliche Krankenpflege: 13.290
Haushaltshilfen: 9.846

Quelle: vdek.

Hilfs-, Heilmittelerbringer und Krankentransport/Rettungsdienst

Index (1995 = 100)

1995 – 2013, Bundesgebiet



Quelle: vdek.

Sonstige Leistungserbringer

nach Bundesländern

2013

Bundesland	Hilfsmittel- erbringer	Heilmittel- erbringer	Krankentransport / Rettungsdienst	Häusliche Krankenpflege	Haushaltshilfen
Baden-Württemberg	8.606	10.151	2.198	1.398	1.347
Bayern	9.946	10.747	1.853	2.091	1.381
Berlin	2.264	2.586	148	367	371
Brandenburg	1.884	1.996	725	623	623
Bremen	566	571	31	111	4
Hamburg	1.395	1.104	71	330	212
Hessen	4.431	5.376	1.243	1.054	31
Mecklenburg-Vorpommern	1.164	1.423	850	480	480
Niedersachsen	6.635	7.594	1.983	1.253	216
Nordrhein-Westfalen	14.917	12.778	3.763	2.606	2.507
Rheinland-Pfalz	3.183	3.653	1.048	464	168
Saarland	1.017	1.096	280	121	117
Sachsen	3.454	4.565	1.675	1.039	1.033
Sachsen-Anhalt	2.029	2.072	604	525	525
Schleswig-Holstein	2.071	2.638	697	404	411
Thüringen	1.882	1.977	967	424	420
Bundesgebiet	65.444	70.327	18.136	13.290	9.846

Quelle: vdek.

GKV – Zuzahlungsregelungen

2014

Bereich	Zuzahlung	Grenzen / Ausnahmen
Arznei- und Verbandmittel	10 % der Kosten	jedoch mindestens 5 EUR, höchstens 10 EUR nicht mehr als die Kosten des Mittels
Fahrkosten*	pro Fahrt 10 % der Kosten	jedoch mindestens 5 EUR, höchstens 10 EUR
Häusliche Krankenpflege	10 % der Kosten zuzüglich 10 EUR je Verordnung	begrenzt auf 28 Tage pro Kalenderjahr
Haushaltshilfe	10 % der kalendertäglichen Kosten	jedoch mindestens 5 EUR, höchstens 10 EUR
Heilmittel	10 % der Kosten des Mittels zuzüglich 10 EUR je Verordnung	
Hilfsmittel	10 % für jedes Mittel	jedoch mindestens 5 EUR, höchstens 10 EUR nicht mehr als die Kosten des Mittels. Ausnahme: Hilfsmittel, die zum Verbrauch bestimmt sind: 10 % je Verbrauchseinheit, maximal 10 EUR pro Monat
Krankenhausbehandlung	10 EUR pro Kalendertag	maximal 28 Tage pro Kalenderjahr
Stationäre Vorsorge	10 EUR pro Kalendertag	
Medizinische Rehabilitation (ambulant und stationär)	10 EUR pro Kalendertag	bei Anschlussrehabilitation begrenzt auf 28 Tage pro Kalenderjahr unter Anrechnung der Zuzahlung für Krankenhausbehandlung
Medizinische Vorsorge und Rehabilitation für Mütter und Väter	10 EUR pro Kalendertag	
Soziotherapie	10 % der kalendertäglichen Kosten	jedoch mindestens 5 EUR, höchstens 10 EUR
Zahnersatz*	35 bis 50 %	abhängig von den eigenen Bemühungen zur Gesunderhaltung der Zähne
Künstliche Befruchtung	50 %	

* Kinder und Jugendliche sind bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres generell von Zuzahlungen befreit.

Ausnahmen: Zahnersatz und Fahrkosten.

Quelle: vdek.

GKV – Belastungsgrenze (§ 62 SGB V)

Angehörigenfreibeträge

2014

Teilweise Befreiung:**2 % Regelung**

Überschreiten die Zuzahlungen 2 % des zu berücksichtigenden Familienbruttoeinkommens abzüglich eventueller Kürzungsbeträge, ist der Versicherte von weiteren Zuzahlungen befreit.

Kürzungsbeträge (jährlich)	EUR
für den ersten Angehörigen	4.977
für jeden weiteren Angehörigen	3.318
Kinderfreibetrag nach § 62 Abs. 2 Satz 3 SGB V	7.008

1 % Regelung

Für chronisch Kranke, die wegen derselben schwerwiegenden Krankheit in Dauerbehandlung sind und weitere Voraussetzungen erfüllen. Das Nähere zur Definition einer schwerwiegenden chronischen Erkrankung ergibt sich aus der „Chroniker-Richtlinie“ des Gemeinsamen Bundesausschusses vom 22. Januar 2004 in der Fassung vom 19. Juni 2008.

Sonderregelung

Für Empfänger bestimmter Leistungen der Sozialhilfe, Kriegsopferfürsorge oder der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV) bemessen sich die Zuzahlungen für den gesamten Familienverbund maximal nach dem Regelsatz der Bedarfsstufe 1 = jährlich 4.692 EUR.

Quelle: vdek.

Soziale Pflege- versicherung (SPV)

Kapitel 5

Die Mehrheit der Menschen in Deutschland ist in der sozialen Pflegeversicherung (SPV) versichert. Von den 69,7 Millionen Versicherten beziehen rund 2,4 Millionen Menschen Pflegeleistungen, davon sind 1,7 Millionen der ambulanten und rund 0,7 Millionen der stationären Pflege zugeordnet.

In der ambulanten Pflege war 2012 der größte Teil der Pflegebedürftigen in der Pflegestufe I (60,8 Prozent). 28,2 Prozent erhielten Leistungen nach Pflegestufe II, 8,2 Prozent nach Pflegestufe III und 2,8 Prozent nach Pflegestufe 0.

In der stationären Pflege waren 42,5 Prozent der Pflegestufe I, 37,1 Prozent der Pflegestufe II, 19,3 Prozent der Pflegestufe III und 1,1 Prozent der Pflegestufe 0 zugeordnet.

Finanziert wird die soziale Pflegeversicherung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Seit 1. 1. 2013 beträgt der Beitragssatz 2,05 Prozent und für Kinderlose 2,3 Prozent.

2012 wurden 22,9 Milliarden Euro für die Versorgung der Pflegebedürftigen ausgegeben. Dank der Einnahmen in Höhe von 23,0 Milliarden Euro verblieb ein kleiner Überschuss von rund 100 Millionen Euro.

SPV – Beitragsbemessungsgrenze, Beitragssätze und Faustformeln

2014, Bundesgebiet

Beitragsbemessungsgrenze, 2014	
– jährlich	48.600 EUR
– monatlich	4.050,00 EUR
Beitragssätze, 2014 (§ 55 Abs. 1 SGB XI)	
Arbeitnehmer	1,025 % / 1,275 %*
Arbeitgeber	1,025 % / 1,025 %*
Sonderregelung in Sachsen (§ 58 Abs. 3 SGB XI)	
Arbeitnehmer	1,525 % / 1,775 %*
Arbeitgeber	0,525 % / 0,525 %*
Höchstbeitrag mtl.**, 2014	
	83,02 EUR / 93,15 EUR*
Höchstzuschuss des Arbeitgebers zum privaten Pflegeversicherungsbeitrag, 2014	
	41,51 EUR
Sonderregelung in Sachsen (§ 58 Abs. 3 SGB XI)	
	21,26 EUR
Faustformeln, 2013***	
1 Beitragssatzpunkt (0,1 %)	11,0 Mrd. EUR
100.000 Beitragszahler	0,04 Mrd. EUR
Leistungsausgaben je 10.000 Leistungsbezieher	
– ambulant	65,0 Mio. EUR
– stationär	164,0 Mio. EUR
– in Einrichtungen der Behindertenhilfe	31,0 Mio. EUR

* Seit 1.1.2005 wird ein Zuschlag für kinderlose Mitglieder ab dem 23. Lebensjahr, die nicht vor dem 01.01.1940 geboren sind, erhoben.

** Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil.

*** Schätzung.

Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG.

SPV – Einnahmen und Leistungsausgaben

in Milliarden EUR

2000 – 2012, Bundesgebiet

Angaben zur privaten Pflegeversicherung 2012

Versicherungsleistungen: 0,78 Mrd. EUR

Beitragseinnahmen: 2,0 Mrd. EUR

Alterungsrückstellungen: 25,0 Mrd. EUR

Einnahmen	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Beiträge an													
– Pflegekassen	13,46	13,66	13,57	13,30	13,28	13,98	14,94	14,44	15,91	16,11	16,49	17,06	17,79
– Ausgleichsfonds	2,86	2,90	3,19	3,31	3,36	3,40	3,42	3,42	3,71	5,07	5,15	5,07	5,12
Sonstige Einnahmen	0,23	0,25	0,22	0,25	0,23	0,12	0,13	0,16	0,16	0,12	0,14	0,11	0,13
Einnahmengesamt	16,54	16,81	16,98	16,86	16,87	17,49	18,49	18,02	19,77	21,31	21,78	22,24	23,04
Ausgaben													
Geldleistung	4,18	4,11	4,18	4,11	4,08	4,05	4,02	4,03	4,24	4,47	4,67	4,74	5,08
Pflegesachleistung	2,23	2,29	2,37	2,38	2,37	2,40	2,42	2,47	2,60	2,75	2,91	2,98	3,11
Tages- / Nachtpflege	0,06	0,07	0,08	0,08	0,08	0,08	0,09	0,09	0,11	0,15	0,18	0,21	0,25
Kurzzeitpflege	0,14	0,15	0,16	0,18	0,20	0,21	0,23	0,24	0,27	0,31	0,34	0,35	0,38
Vollstationäre Pflege	7,47	7,75	8,00	8,20	8,35	8,52	8,67	8,83	9,05	9,29	9,56	9,71	9,96
Übrige Ausgaben	2,59	2,50	2,57	2,61	2,61	2,60	2,61	2,68	2,87	3,36	3,79	3,93	4,16
Ausgaben gesamt	16,67	16,87	17,36	17,56	17,69	17,86	18,03	18,34	19,14	20,33	21,45	21,92	22,94
Überschuss / Defizit													
	– 0,13	– 0,06	– 0,38	– 0,69	– 0,82	– 0,36	0,45	– 0,32	0,63	0,99	0,34	0,31	0,10
Mittelbestand*													
	4,82	4,76	4,93	4,24	3,42	3,05	3,50	3,18	3,81	4,80	5,13	5,45	5,55

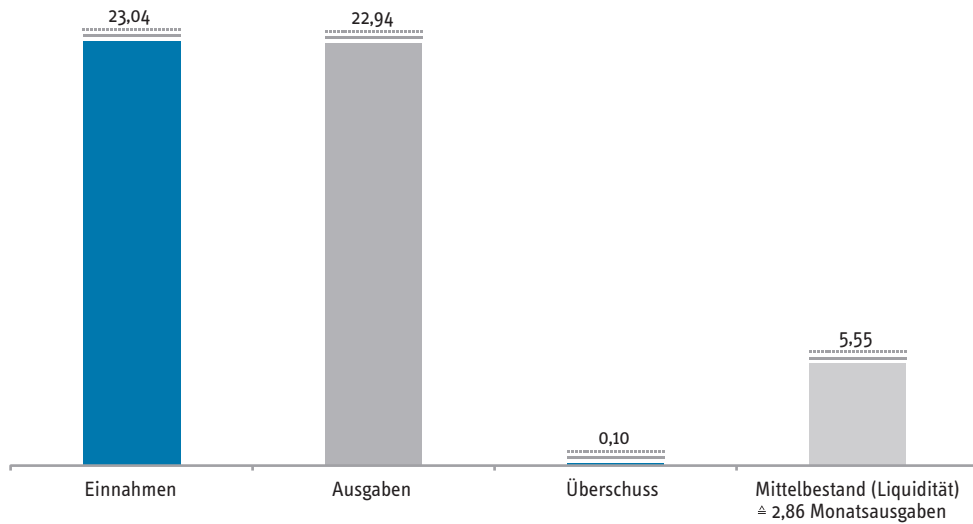
Quelle: Eigene Darstellung: BMG und Verband der privaten Krankenversicherung e. V.

*Rücklagen.

SPV – Finanzen

in Milliarden EUR

2012, Bundesgebiet

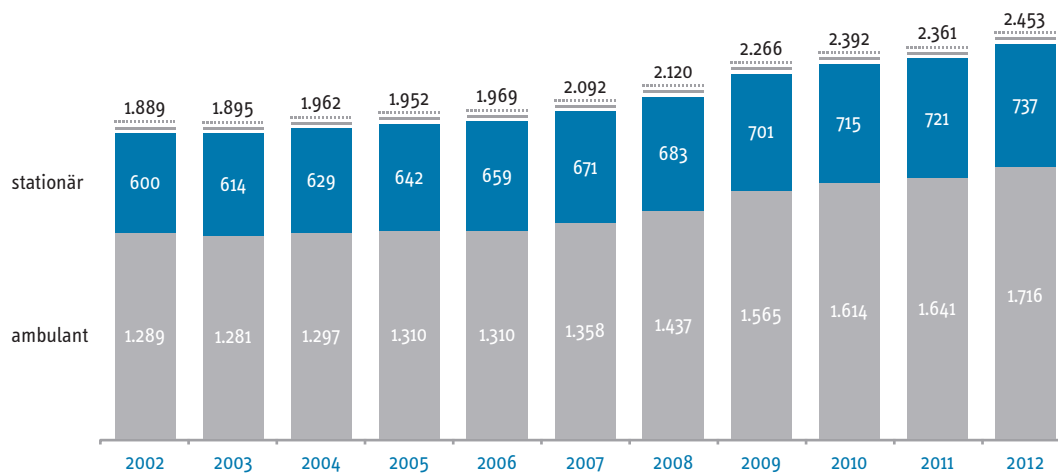


Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG.

SPV – Leistungsempfänger

ambulant und stationär in Tausend

2002 – 2012, Bundesgebiet



Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG.

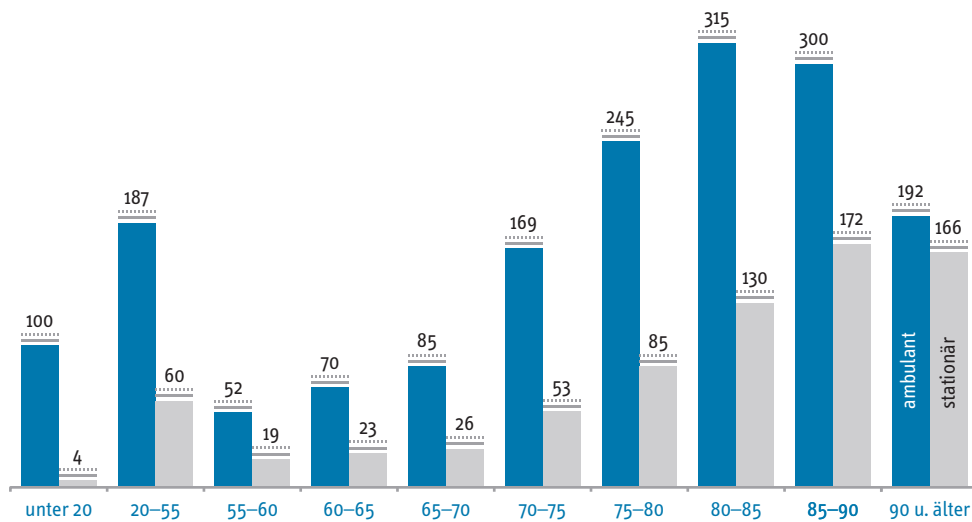
*ab 2008 mit Pflegenote 0.

2012: ambulant: 1.715.592, stationär: 737.295, insgesamt: 2.453.247

SPV – Leistungsempfänger* – ambulant und stationär

nach Altersgruppen in Tausend

2012, Bundesgebiet



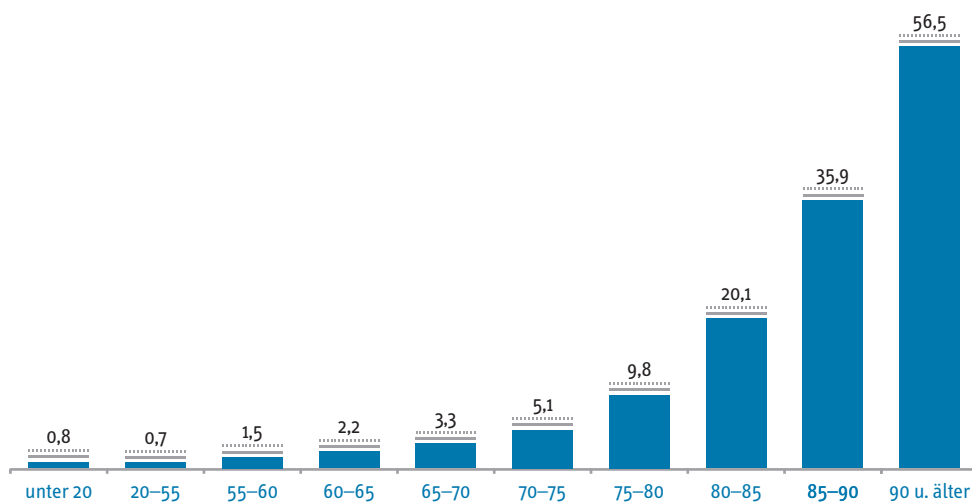
Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG.

*Pflegestufen 0, I, II, III.

SPV – Anteil der Leistungsempfänger* an Versicherten

in Prozent und nach Altersgruppen

2012, Bundesgebiet



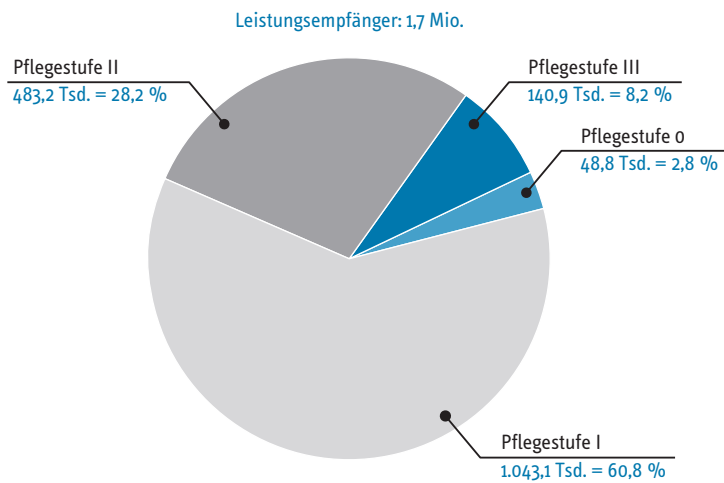
Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG.

*Pflegestufen 0, I, II, III.

SPV – Ambulante Pflege

Leistungsempfänger nach Pflegestufen

31. Dezember 2012, Bundesgebiet



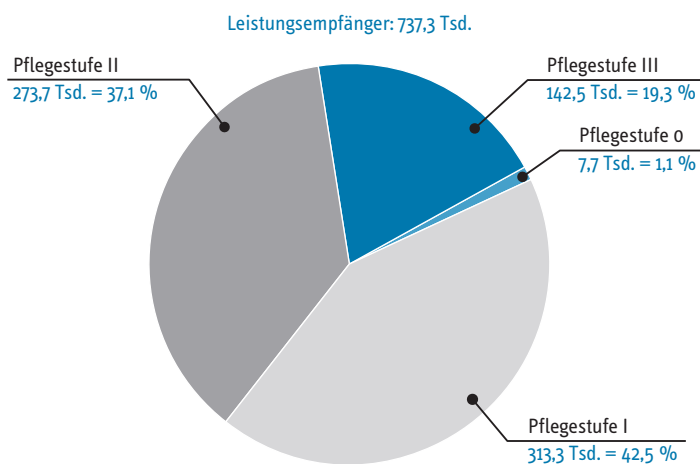
Pflegestufe 0: 48.844
 Pflegestufe I: 1.043.065
 Pflegestufe II: 483.159
 Pflegestufe III: 140.884
 insgesamt: 1.715.952

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG.

SPV – Stationäre Pflege

Leistungsempfänger nach Pflegestufen

31. Dezember 2012, Bundesgebiet



Pflegestufe 0: 7.749
 Pflegestufe I: 313.280
 Pflegestufe II: 273.733
 Pflegestufe III: 142.533
 insgesamt: 737.295

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG.

Pflegenoten

Ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen

2013/10, Bundesländer

Bundesland	Geprüfte ambulante Dienste	Versorgungsbereiche			Gesamtergebnis	Kundenbefragung
		Pflegerische Leistungen	Ärztlich verordnete pflegerische Leistungen	Dienstleistung und Organisation		
Baden-Württemberg	1.001	1,6	1,2	1,2	1,3	1,0
Bayern	1.631	1,8	1,7	1,2	1,3	1,0
Berlin	504	1,6	1,8	1,1	1,3	1,1
Brandenburg	555	1,5	1,8	1,1	1,2	1,0
Bremen	126	1,9	1,7	1,1	1,4	1,0
Hamburg	393	1,8	1,6	1,1	1,4	1,0
Hessen	940	1,7	1,4	1,2	1,3	1,0
Mecklenburg-Vorpommern	483	1,8	1,8	1,1	1,4	1,0
Niedersachsen	713	1,7	1,6	1,1	1,3	1,1
Nordrhein-Westfalen	2.400	1,9	1,7	1,2	1,5	1,0
Rheinland-Pfalz	434	2,3	1,7	1,2	1,5	1,0
Saarland	113	1,6	1,3	1,1	1,3	1,0
Sachsen	814	1,6	1,4	1,1	1,3	1,0
Sachsen-Anhalt	528	2,0	1,5	1,1	1,3	1,0
Schleswig-Holstein	455	1,8	1,5	1,1	1,3	1,0
Thüringen	431	2,3	1,9	1,1	1,6	1,0
Bundesgebiet	11.521					

Bundesland	Geprüfte stationäre Pflegeeinrichtungen	Versorgungsbereiche				Gesamtergebnis	Bewohnerbefragung
		Pflege und medizinische Versorgung	Umgang mit demenzkranken Bewohnern	Soziale Betreuung und Alltagsgestaltung	Wohnen Verpflegung Hauswirtschaft Hygiene		
Baden-Württemberg	1.391	1,2	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Bayern	1.301	1,7	1,3	1,1	1,1	1,3	1,1
Berlin	300	1,4	1,1	1,0	1,0	1,2	1,1
Brandenburg	344	1,4	1,1	1,1	1,1	1,1	1,0
Bremen	137	2,0	1,3	1,1	1,1	1,4	1,1
Hamburg	165	1,6	1,2	1,2	1,0	1,3	1,1
Hessen	730	1,4	1,1	1,1	1,0	1,1	1,0
Mecklenburg-Vorpommern	273	1,5	1,2	1,1	1,0	1,2	1,0
Niedersachsen	1.352	1,4	1,1	1,1	1,0	1,2	1,1
Nordrhein-Westfalen	2.310	1,4	1,1	1,1	1,0	1,2	1,1
Rheinland-Pfalz	435	1,9	1,3	1,1	1,0	1,4	1,0
Saarland	126	1,4	1,3	1,1	1,0	1,2	1,1
Sachsen	725	1,2	1,0	1,0	1,0	1,0	1,1
Sachsen-Anhalt	518	1,4	1,1	1,1	1,0	1,1	1,0
Schleswig-Holstein	660	1,6	1,2	1,2	1,1	1,3	1,1
Thüringen	344	1,7	1,2	1,1	1,1	1,3	1,0
Bundesgebiet	11.111						

Quelle: Eigene Darstellung nach: DatenClearingStelle (DCS) Pflege der Verbände der Pflegekassen auf Bundesebene.

Leistungen der sozialen Pflegeversicherung

in EUR – 2014, Bundesgebiet

Pflegestufen	Ohne Pflegestufe	I Erheblich Pflegebedürftige	II Schwerpflegebedürftige	III Schwerstpflegebedürftige (Härtefälle)
Häusliche Pflege Pflegesachleistungen bis EUR monatlich		450	1.100	1.550 (1.918*)
Häusliche Pflege Pflegesachleistungen bei Personen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz bis EUR monatlich	225	665	1.250	1.550 (1.918*)
Pflegegeld EUR monatlich		235	440	700
Pflegegeld bei Personen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz – EUR monatlich	120	305	525	700
Pflegevertretung durch nahe Angehörige EUR monatlich		235**	440**	700**
Pflegevertretung durch nahe Angehörige bei Personen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz – EUR monatlich	120**	305**	525**	700**
Pflegevertretung durch sonstige Personen Aufwendungen bis 4 Wochen im Kalenderjahr		1.550	1.550	1.550
Pflegevertretung durch sonstige Personen bei Personen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz – EUR monatlich	1.550	1.550	1.550	1.550
Kurzzeitpflege Aufwendungen bis EUR im Kalenderjahr		1.550	1.550	1.550
Teilstationäre Tages- und Nachtpflege Aufwendungen bis EUR monatlich		450	1.100	1.550
Ergänzende Leistungen für Pflegebedürftige mit erheblichem allgemeinem Betreuungsbedarf****				
a. Grundbetrag Leistungsbetrag bis EUR monatlich	100	100	100	100
b. Erhöhter Betrag Leistungsbetrag bis EUR monatlich	200	200	200	200
Zusätzliche Leistungen für Pflegebedürftige in ambulant betreuten Wohngruppen EUR monatlich		200	200	200
Vollstationäre Pflege Aufwendungen bis EUR monatlich (pauschal)		1.023	1.279	1.550 (1.918*)
Anschubfinanzierung zur Gründung von ambulant betreuten Wohngruppen			2.500****	
Pflege in vollstationären Einrichtungen der Hilfe für behinderte Menschen Aufwendungen bis EUR monatlich		10 % des Heimentgelts, höchstens 256 EUR monatlich		
Zum Verbrauch bestimmte Pflegehilfsmittel Aufwendungen in Höhe von EUR			31	
Maßnahmen zur Verbesserung des individuellen Wohnumfeldes Aufwendungen in Höhe von bis zu			2.557 EUR je Maßnahme	

* in besonderen Härtefällen.

** Auf Nachweis werden den ehrenamtlichen Pflegepersonen notwendige Aufwendungen (Verdienstausschlag, Fahrkosten usw.) bis zum Gesamtbetrag von 1.550 Euro erstattet.

*** Anspruch auf einen zusätzlichen Betreuungsbetrag haben auch Personen mit einem auf Dauer bestehenden erheblichen Bedarf an allgemeiner Beaufsichtigung und Betreuung, die einen Hilfebedarf im Bereich der Grundpflege und hauswirtschaftlichen Versorgung haben, der nicht das Ausmaß der Pflegestufe I erreicht.

**** Der Anspruch endet mit Ablauf des Monats, an dem das Bundesversicherungsamt mitteilt, dass mit der Förderung eine Gesamthöhe von 30 Mio. EUR erreicht worden ist, spätestens aber am 31.12.2015.

Weitere Informationen (Kosten, Qualität und Lage) zu ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen: www.pflegelotse.de

Quelle: vdek.

A series of horizontal dashed lines for writing notes.

A series of horizontal dashed lines for taking notes.

Abkürzungs- verzeichnis

ABDA	Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände	KVdR	Krankenversicherung der Rentner
AKV	Allgemeine Krankenversicherung	KZBV	Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung
AOK	Allgemeine Ortskrankenkassen	MVP	Mecklenburg-Vorpommern
BAY	Bayern	NDS	Niedersachsen
BAW	Baden-Württemberg	NRW	Nordrhein-Westfalen
BER	Berlin	OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
BIP	Bruttoinlandsprodukt	PKV	Private Krankenversicherung
BKK	Betriebskrankenkassen	RLP	Rheinland-Pfalz
BMG	Bundesministerium für Gesundheit	RSA	Risikostrukturausgleich
BRA	Brandenburg	SAA	Saarland
BRE	Bremen	SAC	Sachsen
BUND	Bundesgebiet	SAH	Sachsen-Anhalt
BVA	Bundesversicherungsamt	SGB	Sozialgesetzbuch
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung	SHS	Schleswig-Holstein
HAM	Hamburg	SPV	Soziale Pflegeversicherung
HES	Hessen	StBA	Statistisches Bundesamt
IKK	Innungskrankenkassen	THG	Thüringen
KBS	Knappschaft-Bahn-See	vdek	Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek)
KBV	Kassenärztliche Bundesvereinigung		

Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek)

Hauptsitz des Verbandes mit rund 240 Mitarbeitern ist die Bundeshauptstadt Berlin. Auf der Landesebene sorgen 15 Landesvertretungen in den Landeshauptstädten und eine Geschäftsstelle in Westfalen-Lippe mit insgesamt rund 300 sowie weiteren 40 Mitarbeitern in den Pflegestützpunkten für die regionale Präsenz der Ersatzkassen.

vdek-Zentrale
Askanischer Platz 1
10963 Berlin
Tel.: 0 30 / 2 69 31-0
Fax: 0 30 / 2 69 31-29 00
info@vdek.com

Baden-Württemberg
Christophstraße 7
70178 Stuttgart
Tel.: 07 11 / 2 39 54-0
Fax: 07 11 / 2 39 54-16
lv-baden-wuerttemberg@vdek.com

Bayern
Arnulfstr. 201 a
80634 München
Tel.: 0 89 / 55 25 51-0
Fax: 0 89 / 55 25 51-14
lv-bayern@vdek.com

Berlin / Brandenburg
Friedrichstr. 50 – 55
10117 Berlin
Tel.: 0 30 / 25 37 74-0
Fax: 0 30 / 25 37 74-19 oder -26
lv-berlin.brandenburg@vdek.com

Bremen
Martinstr. 34
28195 Bremen
Tel.: 04 21 / 1 65 65-6
Fax: 04 21 / 1 65 65-99
lv-bremen@vdek.com

Hamburg
Spaldingstraße 218
20097 Hamburg
Tel.: 0 40 / 41 32 98-0
Fax: 0 40 / 41 32 98-22
lv-hamburg@vdek.com

Hessen
Walter-Kolb-Straße 9 – 11
60594 Frankfurt/M.
Tel.: 0 69 / 9621 68-0
Fax: 0 69 / 96 21 68-90
lv-hessen@vdek.com

Mecklenburg-Vorpommern
Werderstraße 74 a, III. OG
19055 Schwerin
Tel.: 03 85 / 52 16-0
Fax: 03 85 / 52 16-11
lv-mecklenburg-vorpommern@vdek.com

Niedersachsen
An der Börse 1
30159 Hannover
Tel.: 05 11 / 3 03 97-0
Fax: 05 11 / 3 03 97-99
lv-niedersachsen@vdek.com

Nordrhein-Westfalen
Ludwig-Erhard-Allee 9
40227 Düsseldorf
Tel.: 02 11 / 3 84 10-0
Fax: 02 11 / 3 84 10-20
lv-nordrhein-westfalen@vdek.com

Geschäftsstelle Westfalen-Lippe
Kampstraße 42
44137 Dortmund
Tel.: 02 31 / 9 17 71-0
Fax: 02 31 / 9 17 71-30
gs-westfalen-lippe@vdek.com

Rheinland-Pfalz
Wilhelm-Theodor-Römheld-Str. 22
55130 Mainz
Tel.: 0 61 31 / 9 82 55-0
Fax: 0 61 31 / 83 20-15
lv-rheinland-pfalz@vdek.com

Saarland
Talstraße 30
66119 Saarbrücken
Tel.: 06 81 / 9 26 71-0
Fax: 06 81 / 9 26 71-19
lv-saarland@vdek.com

Sachsen
Glacisstr. 4
01099 Dresden
Tel.: 03 51 / 8 76 55-0
Fax: 03 51 / 8 76 55-43
lv-sachsen@vdek.com

Sachsen-Anhalt
Schleiufer 12
39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 5 65 16-0
Fax: 03 91 / 5 65 16-30
lv-sachsen-anhalt@vdek.com

Schleswig-Holstein
Wall 55 (Sell-Speicher)
24103 Kiel
Tel.: 04 31 / 9 74 41-0
Fax: 04 31 / 9 74 41-23
lv-schleswig-holstein@vdek.com

Thüringen
Lucas-Cranach-Platz 2
99099 Erfurt
Tel.: 03 61 / 4 42 52-0
Fax: 03 61 / 4 42 52-28
lv-thueringen@vdek.com

Impressum

Herausgeber:

Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek)
Askanischer Platz 1, 10963 Berlin
Tel.: 0 30 / 2 69 31 - 0
Fax: 0 30 / 2 69 31 - 29 00
info@vdek.com
www.vdek.com

Redaktion:

Abt. Kommunikation
Michaela Gottfried (verantw.)
Manfred Schild (Konzeption, Bearbeitung, Inhalte)

Ansprechpartner:

Manfred Schild
Tel.: 0 30 / 2 69 31 - 12 35
Fax: 0 30 / 2 69 31 - 29 15
manfred.schild@vdek.com

Gestaltung:

neusta communications GmbH
Konsul-Smidt-Straße 24
28217 Bremen

18. überarbeitete Auflage

Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit
Quellenangabe gestattet.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie, detaillierte bibliografische Daten sind über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Internet:

<http://www.vdek.com/presse/daten.html>



vdek-Basisdaten im Web:

<http://www.vdek.com/presse/daten.html>

